

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 Jahre

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

stimme

79

Sommer 2011

1991



Gründung der Initiative Minderheiten

1. Ausgabe der **stimme**

FRAUENTAG, AUCH NÄCHSTES JAHR?

Der mutmaßliche Bombenbauer Franz Fuchs sorgt seit seiner Festnahme für Polarisierung in Österreich. Die Linksliberalen des Landes sind der Meinung, dass hinter Fuchs eine Organisation stehen müsse, während das rechte Lager so schnell wie möglich bestätigt haben will, dass der Mann aus Gralla Bombenhirn, -bauer und Briefschreiber in einem ist – mit anderen Worten: dass die BBA das Produkt einer einzigen psychisch kranken Phantasie sein muss.

Über die Gründe dieses Wunschenkens von linker und rechter Seite wurde in letzter Zeit viel geschrieben. Die Linken können nicht hinnehmen, dass der gegen die Menschenrechtsszene gerichtete Terror der letzten vier Jahre so billig „davonkommt“. Die Rechten, worunter auch die „Recht- und-Ordnung-Fanatiker“ zu verstehen sind, erblicken wiederum in der Einzeltäterthese einen „Persilschein“ für die rechte Szene und die Ehrenrettung Österreichs in der Weltöffentlichkeit.

Was aber beiderseits geteilt wird, ist die Annahme, die kriminalistische Lösung des Falls würde auch die politische Lösung eines Problems nach sich ziehen oder sogar bedeuten – eines Problems, das seit vier Jahren unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert wurde: Terror gegen Minderheitenangehörige und engagierte Menschenrechtsaktivisten. Wenn die kriminelle Dimension dieses Falls seine politische Dimension verdrängt, wie es nun in den Medien geschieht, haben wir meines Erachtens – auch im Falle der restlosen Aufklärung des Bombenterrors – aus dem Ganzen nichts gelernt. Daher einige Anmerkungen:

Erstens muss der politische Aspekt des Bombenterrors nicht unbedingt eine parteipolitische Entsprechung haben. Der oder die Ziehväter des minderheitenfeindlichen, rassistischen Lagers können sich auch durch den möglichen Beweis der Einzeltat nicht von ihrer unglückseligen Rolle reinwaschen. Umgekehrt würde eine parteipolitische

Verbindung der BBA nicht bedeuten, mit den jene Partei betreffenden juristischen Konsequenzen wäre die rassistische rechte Ecke aus der Welt geschafft.

Zweitens ist und bleibt der Brief- und Rohrbombenterror ein politischer Fall, unabhängig davon, mit welchem Ergebnis die kriminalistischen Ermittlungen beendet werden. Wenn wir uns an die nach jeder Bombenserie entfachte außerordentlich kontroverse Diskussion über die Minderheiten in Österreich erinnern, können wir schwerlich von einer rein kriminalistischen Tat des Franz Fuchs reden. Die Bomben haben unter anderem Schlagzeilen bewirkt, in denen die Minderheiten äußerst negativ, teilweise sogar als Täter dargestellt wurden. Sie haben Stammtischdiskussionen ausgelöst, ob „wir denn überhaupt Ausländer brauchen“. Schließlich haben sie Angst verbreitet; Angst davor, sich für die Minderheiten und für Menschenrechte öffentlich einzusetzen. Ist das alles nur „kriminell“?

Drittens besteht zwischen „Geisteskrankheit“ und politischen Gräueltaten ein komplexeres Verhältnis, als es manche KollegInnen mit ihrem kleinformatigen Erklärungsrepertoire abgetan haben. Auch wenn wir Napoleon, Hitler oder Stalin für politisch kranke Täter halten, kann dies ihre Taten und die Taten der Massen, die ihnen gefolgt sind, weder erklären, noch entpolitisieren. Im Falle des Bombenterrors darf nicht derselbe Fehler passieren, der seit Jahren immer nach neonazistischen Übergriffen passiert, nämlich dass diese jungen Gewalttäter mit nationalistischen Motiven als Opfer zerstörter Familienstrukturen dargestellt werden. Höchstens von einem Gericht, in Bezug auf ein Strafurteil, kann „Geisteskrankheit“ als mildernder Umstand gelten – die politische Dimension einer Tat bleibt auch dann erhalten. Und unabhängig davon, ob etwa Fuchs für die Medien einen typisch rechten Gesinnungs-genossen darstellt oder nicht; seine Tat

ist ein politischer Terrorakt mit rechten Motiven. (Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Gemeinplatz in der Berichterstattung, dem nahezu alle Medien in ihrem Diktum aufgefressen sind: Fuchs sei in seiner Vergangenheit gar nicht als „Ausländerfeind“ aufgefallen; Im Gegenteil habe er sich in den siebziger Jahren, da er sich als Fabrikarbeiter in Deutschland aufhielt, für die „Ausländer“ eingesetzt. Es fragt sich bei dieser Formulierung, ob denn Fuchs in Deutschland nicht selbst ein Ausländer war – oder ist der Anschluss noch nicht vorbei?)

Letztens stellt sich die Frage: Werden denn die Einzeltäter-Theoretiker im Falle einer Bestätigung ihrer These durch ein gerichtliches Urteil ruhig schlafen können? Ist die Verantwortung damit erfüllt, dass eine kriminalistisch aufgearbeitete Wahrheit an Stelle der politischen tritt? Ich kann nur hoffen, dass die Zeit diese Hobby-Kenner der menschlichen Psyche nicht in Form erneuten Terrors Lügen straft. ihrer These durch ein gerichtliches Urteil ruhig schlafen können? Ist die Verantwortung damit erfüllt, dass eine kriminalistisch aufgearbeitete Wahrheit an Stelle der politischen tritt? Ich kann nur hoffen, dass die Zeit diese

Gamze Ongan



IMPRESSUM

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*). **Medieninhaber und Verleger:** Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck **Herausgeber:** Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 01/966 90 01, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783 **Redaktion:** Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel.: 01/966 90 03, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at **Chefredakteurin:** Gamze Ongan **Redaktionelle Mitarbeit:** Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, Ursula Hemetek, Cornelia Kogoj, Anita Konrad, Helga Pankratz, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig. **Ständige AutorInnen:** Vlatka Frketic, Hakan Gürses, Kahlauer, Gerald K. Nitsche, Erwin Riess. **Zeichnungen:** Petja Dimitrova, Hakan Gürses. **Grafische Gestaltung:** schultz+schultz-Mediengestaltung. **Herstellung (Repro & Druck):** Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. **Aboverwaltung:** Birgit Kogoj (Redaktionsadresse) E-mail: abo@initiative.minderheiten.at; Jahresabo (4 Hefte): € 20,- (Ausland: € 30,-) /für Vereinsmitglieder kostenlos.

	IMPRESSUM	2
„NA WANN SA SICH ORDENTLICH BENEHMEN...“	Interview mit Ursula Hemetek und Vladimir Wakounig	4
STIMMLAGE 24/1997: DIE KRIMINELLE TAT EINES UNPOLITISCH GEISTESKRANKEN?		6
VOM LUXUS, SICH ÖFFENTLICH ZU ÄRGERN	Interview mit Hakan Gürses und Gamze Ongan	7
STIMMLAGE 32/1999: EINE NICHT GEHALTENE REDE		9
DAS BEHINDERTE RECHT	Franjo Schruiff	10
STIMMLAGE 36/2000: OFFENER BRIEF AN DEN KLEINEN MANN		12
VON DER KUNST DER KONTINUITÄT	Hikmet Kayahan	14
STIMMLAGE 47/2003: ZUR KAKANISCHEN UMSETZUNG VON RICHTLINIEN		16
WIR SIND NOCH LANGE NICHT EMANZIPERT	Interview mit Helga Pankratz und Sushila Mesquita	17
STIMMLAGE 48/2003: BIST DU GROSSER SÖHNE!		20
ÖSTERREICH – EIN UNHEILBARER PATIENT?	Peter Schwarz	22
STIMMLAGE 64/2007: ARIGONA DREAM		24
KONSEQUENZ IM SOZIALSTAAT	Erwin Riess	26
DAS ENDE DER ILLUSIONEN	Gerhard Baumgartner	28
STIMMLAGE 74/2010: DIE RECHTEN LÖCHER?		30
	TIMELINE Vida Bakondy	

Manfred Srb zieht als erster selbst betroffener Behindertensprecher der Grünen ins Parlament. 1994 folgt ihm **Theresia Haidlmayr**.

1986

Im Vorfeld der Bundespräsidentenwahlen kommt es zu ersten (internationalen) Veröffentlichungen über die **Kriegsvergangenheit Kurt Waldheims**. **Waldheim** wird dennoch Bundespräsident, jahrelange Proteste folgen.

1987

Der Verfassungsgerichtshof hebt Teile des Volksgruppengesetzes 1976 auf. **Kroatisch** gilt ab sofort als **zweite Amtssprache im Burgenland**. In den folgenden Jahren spielt der Verfassungsgerichtshof eine immer wichtigere Rolle in der **Minderheitenpolitik**.

„NA, WANN SA SICH ORDENTLICH BENEHMEN...“

Als Gründungsmitglieder haben Ursula Hemetek und Vladimir Wakounig die Initiative Minderheiten (IM) über all die Jahre nicht bloß begleitet, sondern aktiv und wesentlich mitgestaltet. Ursula Hemetek war von 1991 an stellvertretende und ab 1995 Obfrau der IM. 2008 folgte ihr Vladimir Wakounig nach, der die Funktion des Obmanns bis heute inne hat. Mit ihnen sprach Gerd Valchars über das Besondere der IM, worin die Provokation ihrer Gründung lag, wie sich die Arbeit der NGO über die Jahre verändert hat und was man hätte anders machen können.

STIMME: Das Besondere der IM bei ihrer Gründung war wohl der Minderheitenbegriff, den man sich zu Eigen machte und für die Zeit ungewöhnlich breit interpretierte.

Vladimir Wakounig: Ja, das Besondere und auch das Schwierigste. Das Besondere, weil sich der Begriff völlig erweitert hat, das Schwierige aber war, diesen Begriff, den wir in mehreren Treffen diskutiert haben, breit zu kommunizieren. Innerhalb der Volksgruppen hat es gewaltige Widerstände gegeben und wir sind speziell bei den Kärntner Slowenen auf große Ablehnung gestoßen. „Wir Kärntner Slowenen“, hat es geheißen, „sind keine Ausländer und wir wollen mit sozialen Minderheiten wie Lesben und Schwulen schon überhaupt nix zu tun haben“.

Ursula Hemetek: Unser Minderheitenverständnis war vollkommen neu und hat den größten Widerstand hervorgerufen, auch bei durchaus wohlgesinnten Personen. „Minderheiten sind die Volksgruppen und aus. Ihr könnt das nicht so einfach ändern“, haben wir damals gehört. Bei der Tagung der Minderheiten 1994 hat für uns völlig überraschend Vizekanzler Erhard Busek teilgenommen. „Den Minderheitenbegriff noch einmal hinterfragen“, hat Busek in seiner Wortmeldung gemeint, „Ich warne Sie, gebündelt kommt man langsamer voran.“ Franjo Schruiff hat ihm daraufhin geantwortet: „Ja, Herr Vizekanzler, gebündelt kommt man langsamer voran, aber man ist auch schwerer aufzuhalten.“ Das war für mich eine der Kernaussagen, die schliesslich von uns allen mitgetragen wurde. Aber bis dahin war es auch ein interner Lernprozess. Bei einem unserer ersten Treffen am Bisamberg wurde die Anwesenheit des HOSI-Vertreters aus Innsbruck hinterfragt. Ein Teilnehmer meinte: „Na, wann sa sich ordentlich benehmen, dürfen's schon dabei sein.“

Hat sich dieser Begriff Eurer Meinung nach mittlerweile etabliert?

Hemetek: Die Anliegen einzelner Gruppen sind zwar unterschiedlich, aber man hat erkannt, dass die Diskriminierungsmechanismen die gleichen sind und man gemeinsam wahrscheinlich mehr erreicht.

Wakounig: Im Grunde war die Initiative Minderheiten eine Provokation. In erster Linie für jene Strukturen, die damals den Minderheitenbegriff für sich okkupiert hatten. Indem wir begonnen hatten, den Begriff anders zu verwenden, in dem Sinne, dass wir unter Minderheiten jene Gruppen verstanden, die keinen politischen Einfluss und keine Ressourcen hatten und benachteiligt wurden, war's letztlich auch eine politische Provokation.

Aus diesem Verständnis heraus hat sich auch die Idee der minoritären Allianz entwickelt?

Hemetek: Der Begriff der minoritären Allianz wurde bei der Tagung der Minderheiten 1994 von Hakan Gürses geprägt. Der Minderheitenbegriff war auf NGO-Ebene von allen akzeptiert und es herrschte große Solidarität. Was leider nicht funktioniert hat war, einen gemeinsamen Forderungskatalog zu entwickeln und zu propagieren. Die euphorische Stimmung nach der Tagung ist leider nicht in eine politische Aktion gemündet.

Wakounig: Ich hab den Eindruck, dass die minoritäre Allianz zumindest auf der rhetorischen Ebene von vielen akzeptiert wurde. Streckenweise ist es uns auch gelungen, etwas umzusetzen. Auf publizistischer Ebene, speziell in der STIMME, wird diese Allianz immer wieder sichtbar, indem Themenhefte gestaltet werden und Beiträge tatsächlich aus verschiedenen Perspektiven kommen.

Wie hat sich die Arbeit einer NGO wie der IM über die Jahre verändert? Das gesellschaftliche und politische Umfeld heute ist ja ein völlig anderes als noch vor 20 Jahren.

Hemetek: Die Arbeit hat sich wesentlich verändert, denn die ehrenamtlichen Grassroots-Aktivitäten und die Förderpolitik haben sich auch verändert. Die Politik greift leider nicht mehr auf NGOs zurück, weil sie der Meinung ist, dass diese manche Dinge einfach besser können. Das passiert nur mehr sehr punktuell. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die IM jetzt auf private Sponsoren zurückgreift. Das wäre uns ja 1991 nicht im Traum eingefallen, auf so etwas wären wir nie gekommen. Heute muss eine NGO Projekte machen, die den Förderprogrammen von privaten Sponsoren oder den EU-Programmen entsprechen. Das ergibt ein anderes Arbeiten und erfordert ein Verwaltungs-Know-How, das früher nur in Bruchteilen erforderlich war.

In den letzten Jahren ist bei den NGOs eine inhaltliche Verschiebung mit einem starken Fokus auf die Themen Migration und Asyl zu beobachten. Ist das ausschließlich eine Reaktion auf die Politik und auf die negativen Entwicklungen in diesen Bereichen?

Hemetek: Das ist wie die Frage nach der Henne und dem Ei. Auch in der IM hat sich seit 2002 eine starke Hinwendung zum Thema Migration vollzogen. Ein Grund könnte

sein, weil dieses Thema auch gefördert wird. Oder weil es aus zivilgesellschaftlicher Perspektive der prekärste Bereich und damit notwendig ist.

Wakounig: Auf jeden Fall ist Migration ein präsenderes Thema. Ich glaube aber, dass die anderen Themen ebenfalls nicht gut gelöst sind, die kann man nur leichter verstecken, weiterhin. Ob das jetzt die Benachteiligung der Frauen ist oder die Anerkennung homosexueller Lebensrealitäten. Und diese Themen werden durch das Verschweigen vermutlich zusätzlich marginalisiert. Mag sein, dass wir selbst Teil dieses Mainstreams sind. Wir bearbeiten diese Themen, weil es brennt und sie aktuell sind. Wer aber macht sie aktuell? Vielleicht machen wir andere Themen viel zu wenig aktuell.

Welche entscheidenden Marksteine und Zäsuren der letzten 20 Jahre seht Ihr, die Politik und Gesellschaft positiv oder negativ nachhaltig verändert haben?

Wakounig: Viele Menschen wurden durch das Lichtermeer wachgerüttelt und haben sich in einem positiven Sinn deklariert. Entweder man lässt zu, dass weiterhin gegen MigrantInnen gehetzt wird oder man will sie als StaatsbürgerInnen anerkennen. Das war für mich etwas ganz Wesentliches, das Lichtermeer hat die Gesellschaft deutlich positioniert. Negativ war die Hereinholung der FPÖ in die Regierung. Die Konsequenzen des Jahres 2000 sind in vielen Bereichen heute noch zu spüren. Diese Regierung hat wesentlich zu einer Verschlechterung der politischen Moral und Kultur beigetragen.

Hemetek: Die Briefbomben und das Attentat von Oberwart, das uns lange beschäftigt hat, haben das Land nachhaltig negativ beeinflusst. Das war eine Zeit, in der die österreichische Gesellschaft stark polarisiert war, aber auch eine, in der man das Gefühl hatte, wir sind viele. Neben dem Lichtermeer eine positive Zäsur war das Minderheitenjahr 1994, das zumindest innerhalb der NGO-Szene einiges bewirkt hat.

Du hast vorher gemeint, die IM war bei ihrer Gründung eine Provokation. Ist sie heute weniger frech, ist sie erwachsen geworden?

Wakounig: Eine bunt zusammengewürfelte Gruppe, von der niemand genau weiß, was aus ihr werden wird, kann sich offen bewegen und frech sein. Wenn man sich als Gruppe etabliert hat – und man etabliert sich dadurch, dass man gute Arbeit leistet, Subventionen bekommt und Personen anstellt, sodass letztlich Existenzen daran

hängen – dann entsteht wohl so etwas, wie eine innere mentale Sperre, die einen vorsichtiger agieren lässt. Das sind für mich immer auch Mechanismen um Leute abzurufen, sie stiller und anpassungsfähiger zu machen.

Im Nachhinein ist man ja immer klüger, gibt es etwas, das man hätte anders machen sollen?

Hemetek: Natürlich hätte man vieles anders machen sollen. Eine große Krise gab es nach den EQUAL-Projekten. Die IM war eigentlich eine zu kleine NGO für so große EU-Projekte. Man darf sich nicht mit zu großen Projekten übernehmen, das hätte man klarer sehen müssen. Und vielleicht hätte die IM über die Jahre konsequenter die politische Themenführerschaft übernehmen und auf mehr mediale Präsenz achten sollen. Das haben andere viel besser gemacht. Es reicht nicht, tolle Projekte zu machen, wenn sie keinen Niederschlag in den Medien finden.



U. Hemetek © Lisl Waltner, Archiv des Instituts für Volksmusikforschung und Ethnomusikologie



V. Wakounig © Lydia Krömer

Gedenkjahr 1938/1988. Eine internationale Historikerkommission stellt fest, dass der amtierende Bundespräsidenten Kurt Waldheim von Kriegsverbrechen am Balkan gewusst haben müsse. Erneute Demonstrationen und Rücktrittsforderungen.

Das Buch „Wir leben im Verborgenen. Geschichte einer Rom-Zigeunerin“ von Ceija Stojka erscheint. Immer mehr Roma beginnen sich als Minderheitenangehörige zu bekennen.

1988

Gründung des **Jüdischen Museums Wien**. (1972 Österreichisches jüdisches Museum in Eisenstadt, 1991 Jüdisches Museum in Hohenems)

Gründung des **Artikel-VII-Kulturverein für die Steiermark**, eine Vertretungsorganisation für die ansässige Minderheit der steirischen SlowenInnen. Bemühung um Anerkennung der **steirischen SlowenInnen** als eigener Volksgruppe. 1998 erfolgte die Gründung des **Kulturzentrums Pavel-Hauses**.

Fall des „**Eisernen Vorhangs**“, Phantasien über Millionen von Arbeitskräften im Anmarsch. In den folgenden zwei Jahrzehnten kommt es zu kontinuierlichen Verschärfungen im Fremdenrecht.

Gründung des **Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung in Wien**.

Gründung der **Zentralen Minderheitenredaktion im ORF**. Beginn der Sendung „**Heimat Fremde Heimat**“

1989

Vergewaltigung in der Ehe wird unter Strafe gestellt. Ehemänner können auch ohne Scheidungsverfahren aus der gemeinsamen Wohnung gewiesen werden.

Slowenische Organisationen beschicken erstmals seit 1976 (Verabschiedung des Volksgruppengesetzes, das von slowenischen Organisationen nicht anerkannt wurde) den **Volksgruppenbeirat zur Beratung der Bundesregierung**.

DIE KRIMINELLE TAT EINES UNPOLITISCH GEISTESKRANKEN?

Der mutmaßliche Bombenbauer Franz Fuchs sorgt seit seiner Festnahme für Polarisierung in Österreich. Die Linksliberalen des Landes sind der Meinung, dass hinter Fuchs eine Organisation stehen müsse, während das rechte Lager so schnell wie möglich bestätigt haben will, dass der Mann aus Gralla Bombenhirn, -bauer und Briefschreiber in einem ist – mit anderen Worten: dass die BBA das Produkt einer einzigen psychisch kranken Phantasie sein muss.

Über die Gründe dieses Wunsches von linker und rechter Seite wurde in letzter Zeit viel geschrieben. Die Linken können nicht hinnehmen, dass der gegen die Menschenrechtsszene gerichtete Terror der letzten vier Jahre so billig „davonkommt“. Die Rechten, worunter auch die „Recht- und-Ordnung-Fanatiker“ zu verstehen sind, erblicken wiederum in der Einzeltäterthese einen „Persilschein“ für die rechte Szene und die Ehrenrettung Österreichs in der Weltöffentlichkeit.

Was aber beiderseits geteilt wird, ist die Annahme, die kriminalistische Lösung des Falls würde auch die politische Lösung eines Problems nach sich ziehen oder sogar bedeuten – eines Problems, das seit vier Jahren unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert wurde: Terror gegen Minderheitenangehörige und engagierte Menschenrechtsaktivisten. Wenn die kriminelle Dimension dieses Falls seine politische Dimension verdrängt, wie es nun in den Medien geschieht, haben wir meines Erachtens – auch im Falle der restlosen Aufklärung des Bombenterrors – aus dem Ganzen nichts gelernt. Daher einige Anmerkungen:

Erstens muss der politische Aspekt des Bombenterrors nicht unbedingt eine parteipolitische Entsprechung haben. Der oder die Ziehväter des minderheitenfeindlichen, rassistischen Lagers können sich auch durch den möglichen Beweis der Einzeltat nicht von ihrer unglückseligen Rolle reinwaschen. Umgekehrt würde eine parteipolitische Verbindung der BBA nicht bedeuten, mit den jene Partei betreffenden juristischen Konsequenzen wäre die rassistische rechte Ecke aus der Welt geschafft.

Zweitens ist und bleibt der Brief- und Rohrbombenterror ein politischer Fall, unabhängig davon, mit welchem Ergebnis die kriminalistischen Ermittlungen beendet werden. Wenn wir uns an die nach jeder Bombenserie entfachte außerordentlich kontroverse Diskussion über die Minderheiten in Österreich erinnern, können wir schwerlich von einer rein kriminalistischen Tat des Franz Fuchs reden. Die Bomben haben unter anderem Schlagzeilen bewirkt, in denen die Minderheiten äußerst negativ, teilweise sogar als Täter dargestellt wurden. Sie haben Stammtischdiskussionen ausgelöst, ob „wir denn überhaupt Ausländer brauchen“. Schließlich haben sie Angst verbreitet; Angst davor, sich für die Minderheiten und für Menschenrechte öffentlich einzusetzen. Ist das alles nur „kriminell“?

Drittens besteht zwischen „Geisteskrankheit“ und politischen Gräueltaten ein komplexeres Verhältnis, als es manche KollegInnen mit ihrem kleinformatigen Erklärungsrepertoire abgetan haben. Auch wenn wir Napoleon, Hitler oder Stalin für politisch kranke Täter halten, kann dies

ihre Taten und die Taten der Massen, die ihnen gefolgt sind, weder erklären, noch entpolitisieren. Im Falle des Bombenterrors darf nicht derselbe Fehler passieren, der seit Jahren immer nach neonazistischen Übergriffen passiert, nämlich dass diese jungen Gewalttäter mit nationalistischen Motiven als Opfer zerstörter Familienstrukturen dargestellt werden. Höchstens von einem Gericht, in Bezug auf ein Strafurteil, kann „Geisteskrankheit“ als mildernder Umstand gelten – die politische Dimension einer Tat bleibt auch dann erhalten. Und unabhängig davon, ob etwa Fuchs für die Medien einen typisch rechten Gesinnungsgenossen darstellt oder nicht; seine Tat ist ein politischer Terrorakt mit rechten Motiven. (Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Gemeinplatz in der Berichterstattung, dem nahezu alle Medien in ihrem Diktum aufgesessen sind: Fuchs sei in seiner Vergangenheit gar nicht als „Ausländerfeind“ aufgefallen; Im Gegenteil habe er sich in den siebziger Jahren, da er sich als Fabrikarbeiter in Deutschland aufhielt, für die „Ausländer“ eingesetzt. Es fragt sich bei dieser Formulierung, ob denn Fuchs in Deutschland nicht selbst ein Ausländer war – oder ist der Anschluss noch nicht vorbei?)

Letztens stellt sich die Frage: Werden denn die Einzeltäter-Theoretiker im Falle einer Bestätigung ihrer These durch ein gerichtliches Urteil ruhig schlafen können? Ist die Verantwortung damit erfüllt, dass eine kriminalistisch aufgearbeitete Wahrheit an Stelle der politischen tritt? Ich kann nur hoffen, dass die Zeit diese Hobby-Kenner der menschlichen Psyche nicht in Form erneuten Terrors Lügen straft.

Hakan Gürses

Grenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres. Zunächst für „längstens zehn Wochen“ im Nordburgenland geplant, wird der Einsatz auf das gesamte Burgenland ausgeweitet und jährlich verlängert. 1992 Grenzcamp in Rechnitz gegen den „Grenzeinsatz des Bundesheeres zur Flüchtlingsjagd“.

Abwahl von Jörg Haider als Kärntner Landeshauptmann, nachdem er im Landtag von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ im „Dritten Reich“ spricht. In Folge bekennt sich Bundeskanzler Franz Vranitzky vor dem Nationalrat zur „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben“.

1990

Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes, Einsetzung einer Anwältin für Gleichbehandlungsfragen.

Johanna Dohnal wird erste Frauenministerin Österreichs.

Mahnwache vor dem Stephansdom und mehrwöchiger Hungerstreik im Parlament für die Einführung des Pflegegeldes.

Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Homosexualität (später Grüne Andersrum) innerhalb der Grünen Partei. 1994 folgt SoHo (Sozialdemokratie und Homosexualität).

Terezija Stoisits (Grüne) zieht in den Nationalrat ein. Stoisits setzt sich bis zu ihrem Auszug 2007 konsequent für Minderheiten- und Menschenrechtsanliegen sowie Migrations- und Asylfragen ein.

VOM LUXUS, SICH ÖFFENTLICH ZU ÄRGERN

Hakan Gürses war über 14 Jahre als Chefredakteur die „Seele“ von der STIMME. Seine unermüdliche thematische Auseinandersetzung wurde im Jahr 2001 mit dem Claus-Gatterer-Anerkennungspreis belohnt. Auch nachdem er die Chefredaktion zurückgelegt hat, ist er der STIMME weiterhin als Kolumnist verbunden. Mit edler Feder kommentiert Gürses die aktuellen Entwicklungen. Und nimmt sich vor allem kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht die ureigene Rolle der Medien wahrzunehmen und dort Kritik zu üben, wo es Nachholbedarf von Seiten der Politik gibt. Zum 20jährigen Jubiläum sprach Vida Bakondy mit dem ehemaligen Chefredakteur Hakan Gürses und seiner Nachfolgerin Gamze Ongan.

STIMME: Du hast die STIMME 1993 übernommen und warst bis 2007 Chefredakteur. Wie kam es dazu?

Hakan Gürses: 1991 bis 1993 hatte die STIMME ein ehrenamtliches Redaktionsteam. Die Idee dahinter war, dass in der Redaktion – wie auch im Vorstand der *Initiative Minderheiten* (Anm.: IM) – Angehörige verschiedener Minderheitengruppen vertreten sind. Die Ehrenamtlichkeit führte aber dazu, dass in den ersten zwei Jahren nur vier Hefte erscheinen konnten. Daraufhin hat die IM jemanden gesucht. Ich arbeitete damals in der Minderheitenredaktion des

ORF und habe mich beworben – es gab aber insgesamt nur zwei Bewerbungen (lacht).

Wie kam es zum Konzept der Themenschwerpunkte? Wie wurden die Themen ausgewählt?

Gürses: Ich hielt das für einen guten Weg, um die Allianzmöglichkeiten auszuloten und auch einer Beliebigkeit entgegenzuwirken. Ich wollte, dass die STIMME auch in den Schulen herangezogen wird, darum habe ich allgemeine Themen ausgesucht wie Sprache, Literatur der Minderheiten, Formen des Aktionismus. Die STIMME sollte einerseits eine Vereinszeitung sein, also die Tätigkeit der IM abbilden, aber gleichzeitig von allen gelesen werden.

Du sprichst jetzt das Publikum an: Wer sollte die STIMME lesen? Du hast zuerst die Schule erwähnt, dann wiederum „alle“.

Gürses: Am Anfang war es nicht so klar. Ich habe nie den Anspruch gehabt, dass man den „türkischen Gastarbeiter“ erreicht. Diese Leute haben ihre eigenen muttersprachlichen Zeitungen, die lesen sie sowieso. Das kann die STIMME nicht ersetzen. Die STIMME sollte sich eher an die MultiplikatorInnen richten, an die politisch aktiven Minderheitenangehörigen. Sie sollte eine Plattform für ihre Debatten sein. Gleichzeitig war die Überlegung, die Zeitschrift an die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zu richten, damit sie wissen, wie die Diskussionen laufen, welche Fragen und vor allem welche Forderungen

gestellt werden. Die Überlegung war von Anfang an die Schnittstellen zu suchen. Gibt es Parallelen unter den Minderheiten, ihren Forderungen und Themen? Nach einigen Ausgaben dachte ich dann, vielleicht sind wir zu brav, zu harmoniebedürftig. Wir sollten in den Communities mehr Diskussionen forcieren, Fragen stellen, die eventuell die Meinungen spalten: Wie gehen Minderheiten mit inneren Differenzen um? Sind Minderheitenrechte Menschenrechte? Wie schaut es mit Allianzmöglichkeiten aus? Wir haben versucht, mit diesen Fragen Diskussionen anzuregen.

Die STIMME versteht sich also als Plattform für minorisierte Gruppen. Bedeutet das in letzter Konsequenz, dass lediglich Betroffene selbst schreiben sollen?

Gürses: Wir haben von Anfang an gesagt, dass Gruppen, die Diskriminierung erfahren, in der STIMME die Möglichkeit bekommen sollen, sich zu äußern. Wir haben jedoch nie gesagt, wir vertreten selbst eine Gruppe. Natürlich haben wir immer wieder Debatten geführt, ob wir eine Zeitschrift „von und für“ oder „von und über“ machen. Es sollte kein Paternalismus vorkommen, aber wir haben auch nicht den „minoritären Ausweis“ verlangt.

Gamze Ongan: Wir haben den Untertitel seit kurzem nicht mehr. Wir heißen nicht mehr STIMME von und für Minderheiten, sondern einfach STIMME. „Von und für“ erweckt zu sehr den Anschein eines Nischenproduktes. Das soll nicht sein. Die STIMME soll viel mehr auch von der Mehrheit gelesen werden. Wenn es ein „Problem“ im Umgang der Mehrheit mit Minderheiten gibt, dann ist das unser aller Problem. Diese Spaltung in Sachen „Wer

Beginn des **Jugoslawienkrieges**. Der Bundesdachverband der jugoslawischen Vereine in Österreich wird aufgelöst. Kroatische, bosnische, serbische und albanische Vereine entstehen.

Initiative Minderheitenjahr wird gegründet, 1994 erfolgt die Umbenennung in **Initiative Minderheiten (IM)**. Die erste **STIMME** erscheint.

1991

Gründung der Gruppe **Re'Uth** – Vereinigung jüdischer Lesben und Schwuler in Wien.

Gründung des Vereins **Romano Centro**, der österreichische sowie migrantische Roma vertritt. 1989 erfolgte die Gründung des ersten **Roma Vereins** in **Oberwart**.

Schaffung eines **Volksgruppenbeirats** für die slowakische Volksgruppe in Wien. Seit 1994 besteht auch für die tschechische Minderheitengruppe ein separater Minderheitenbeirat.

Anerkennung der **Wiener UngarInnen** als Teil der ungarischen Volksgruppe.

1992

Gründung des **Wiener Integrationsfonds**. 2004 erfolgt die Umwandlung in die **Magistratsabteilung 17 – Integrations- und Diversitätsangelegenheiten**.

Asylgesetz 1991 löst **Asylgesetz 1968** ab. Einführung der Drittstaatenklausel: Einem Flüchtling, der aus einem „sicheren Drittstaat“ nach Österreich einreist, wird **kein Asyl** gewährt. Laut parlamentarischen Materialien zum **AsylG** soll Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung unter Fluchtgründe im Sinne der GFK subsumiert werden.

darf sprechen“ hat ja zur Zeit der schwarz-blauen Regierung überhand genommen, die Diskussion um die Stellvertreterpolitik wurde sehr heftig geführt. Wer spricht für wen? Diese Diskussion war auch notwendig. Mittlerweile bin ich nicht mehr so sehr für dieses Trennen. Ich bin sehr dafür zu öffnen.

Mit den „Stimmlagen“ hast du, Hakan, ja nicht aufgehört. Das ist ja ein Format, in dem du von deiner Tätigkeit als objektiver Redakteur zurücktrittst und deine Meinung sagst.

Gürses: Der Job des objektiven Redakteurs ist damit verbunden, dass man Dinge in sich hineinfrisst. Ich hätte oft gern eine Antwort auf einen Text geschrieben. Das geht aber nicht. Ich bin emotional. Ich lese die Tageszeitung, bekomme Magenschmerzen und sage: Ich muss etwas dagegen schreiben. Die „Stimmlage“ ist somit für mich ein Luxus. Eine schöne Möglichkeit mich über Dinge auszulassen. Texte, bei denen es mir gelingt, über der Sache zu stehen oder sarkastisch zu sein, gefallen mir am meisten. Ich mag aber auch diesen Gestus: Ich haue jetzt auf den Tisch, schrei euch an, spucke euch ins Gesicht. Aber oft habe ich dann das Gefühl, das ist ein Kampf gegen die Windmühlen. Wie gesagt, das ist ein Luxus, den nicht jeder Mensch hat: sich alle drei Monate öffentlich zu ärgern.

Ongan: Es gibt eine Anekdote zu einer „Stimmlage“ aus dem Jahr 2003 „Bist du großer Söhne“, die wir in diesem Heft wieder abdrucken. Wie kam es dazu?

Gürses: Ja, da war gerade der „Arnie“ in Kalifornien Gouverneur geworden und ich dachte mir, wie es wohl in Österreich

gewesen wäre. Durch Zusammenfügung verschiedener authentischer Biografien habe ich einen Äthiopier entworfen, der fast die gleichen Lebensdaten hat, wie Arnold Schwarzenegger. Es passieren die gleichen Dinge wie bei Schwarzenegger, aber eben in Österreich. Er ist ein Sportler, kandidiert für eine politische Funktion und es wird aber nichts daraus. Und damit es entschlüsselt wird, habe ich am Ende angedeutet, dass es eine konstruierte Geschichte ist. Trotzdem habe ich Reaktionen bekommen. In einem E-Mail hieß es: „Es ist so kalt geworden in Österreich. Es tut mir so leid um diesen Mann. Kann man ihn einladen?“

Wie war es für dich die STIMME abzugeben? Und warum an Gamze Ongan?

Gürses: Ich konnte nicht mehr. Mir war der Treibstoff ausgegangen. Wenn du etwas regelmäßig machst, dann spielst du immer mit dem Gedanken: Was passiert, wenn ich aufhöre? Dann bin ich in mich gegangen und habe mir ein paar Namen überlegt, und nach nochmaligem Erwägen ein einziger Name ist übergeblieben, das war der von Gamze. Bei ihr hatte ich das Gefühl, dass sie wie ein Radar für die Stimmungen in Österreich ist, was die Minderheiten angeht. Gamze kann auf eine Aktualität sehr sensibel reagieren, aber sich gleichzeitig auch gut davon distanzieren. Die ideale Besetzung für die Zeitschrift. Es ging dann nur mehr darum, sie zu überzeugen, dass sie das auch macht.

Wie war es für dich, Gamze, die STIMME zu übernehmen?

Ongan: Als mich Hakan das erste Mal fragte, sagte ich: „Du scherzst. Wieso ich? Ich habe

so etwas noch nie gemacht.“ Er hat aber nicht aufgegeben. Heute nach dreieinhalb Jahren denke ich mir rückblickend, etwas Besseres konnte mir nicht passieren. Es ist eine sehr schöne Arbeit, die mich sehr glücklich macht, abgesehen von dem Luxus, mitten im Leben etwas ganz Neues anfangen zu dürfen.

Die Arbeit an der STIMME ist einerseits eine sehr einsame, du musst im Endeffekt vieles allein entscheiden. Das ist auch mit Ängsten und Unsicherheiten verbunden. Es gibt aber auch die Kehrseite, die Momente, wo du auch eine gewisse Macht verspürst. Du entscheidest viele Dinge und mindestens 4000 Menschen schlagen das Heft auf. Es ist seltsam, aber auch schön damit umzugehen und eine große Verantwortung zugleich.



H. Gürses und G. Ongan © Sabine Schwaighofer

Plakatkampagne der SPÖ „Gesetze statt Ausländerhetze“ als Reaktion auf die rassistischen Anschläge in Deutschland.

1992

Rechtsextremer Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Traunkirchen. Zu Beginn der 1990er Jahre fordern in Deutschland rassistische Ausschreitungen vor allem gegen Menschen türkischer Herkunft zahlreiche Todesopfer.

5. Mai: **Erster europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.**

In der bis 1992 gültigen neunten Ausgabe der **ICD (International Classification of Diseases)** wurde Homosexualität unter dem Klassenkürzel 302.0 als eigene Krankheit definiert. In der folgenden Version ICD-10 scheint die Diagnose Homosexualität endlich nicht mehr auf.

Mit 1.1.1993 löst das **Fremdengesetz** das **Fremdenpolizeigesetz 1954** und das **Passgesetz 1969** ab. Das 1992 beschlossene Aufenthaltsgesetz tritt im Juli in Kraft und führt erstmals Quoten für Neuzuwanderung und Familienzusammenführung ein. Erstantrag auf Zuwanderung muss im Ausland gestellt werden. Zahlreiche Proteste und Demonstrationen.

1993

Gründung des Vereins **ECHO** zur Unterstützung von Jugendlichen der sog. **zweiten und dritten MigrantInnengeneration**. Herausgabe der gleichnamigen Zeitschrift. 2004 stellt die Stadt Wien die Subventionen ein.

EINE NICHT GEHALTENE REDE

Anlässlich der Kundgebung „Keine Koalition mit dem Rassismus“ am 12. 11. 1999

Je mehr ich mich von der Mitte entferne, desto besser sehe ich die Wahrheit. An diesen Satz von Michel Foucault habe ich in den letzten Tagen oft denken müssen. Die Mitte liegt dort, wo die meisten Menschen von einer Sache überzeugt sind. Auch wir hier sind davon überzeugt, dass ein Zeichen gesetzt werden muss gegen das weitere Anwachsen des Rassismus im Parlament und im öffentlichen Leben. Dennoch möchte ich versuchen, mich etwas von dieser Mitte wegzubewegen.

So wichtig es auch ist, gegen den rassistischen Diskurs der FPÖ anzutreten, kann sich der Antirassismus nicht darauf beschränken, Haider und seine Partei zu bekämpfen. Die zwei größten Demonstrationen gegen Rassismus kamen in Österreich als Reaktion auf die Aktionen der FPÖ zustande. Dies stellt nicht diese beiden Demonstrationen in Frage, sondern die Demonstrationen, die nicht zustande kamen.

Wenn unsere Kundgebung hier beendet ist, werden wir guten Gewissens nach Hause gehen, und das haben wir auch verdient. Aber der Rassismus lässt sich durch gutes Gewissen allein nicht wirksam bekämpfen. Wenn wir alle hier weggezogen sind und die verwaisten Flugzettel diesen Platz der eintägigen Solidarität bedeckt haben werden, dann wird es heute Abend Sache der größtenteils zugewanderten Personen sein, den Platz ganz prosaisch sauber zu machen; und ab morgen die Sache der Menschenrechtsorganisationen, weiterhin tagtäglich Strategien gegen den Rassismus zu entwerfen. Es ist gut, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen

auf Menschenrechtspolitik spezialisieren. Aber der Rassismus kann nicht durch diese Handvoll halb ehrenamtlich arbeitende Menschen stellvertretend für die ganze Gesellschaft bekämpft werden. Denn Rassismus tritt nicht bloß als eine Partei auf, nicht bloß in Gestalt eines alten Populisten oder glatt rasierter Köpfe mit Schlagstöcken. Rassismus lebt am Arbeitsplatz, auf Ämtern, in der Schule, zu Hause, im Witz. Also müssen seine unterschiedlichsten Ausformungen dort bekämpft werden, wo sie auftauchen. Bürgerinitiativen, Solidarität – und politische Allianzen zwischen Mehrheit und Minderheiten ebenso wie unter Minderheiten selbst: Dies scheint mir der Weg zu sein, die Menschenrechte in allen Lebensbereichen zu etablieren und somit den Rassismus auch in der kleinsten Zelle der Gesellschaft zu entwaffnen.

Es wäre daher naiv, eine umfassende Bekämpfung des Rassismus dem Staat oder der Regierung zu überlassen. Die Feuerwehr kann ein brennendes Haus löschen, kann aber nicht verhindern, dass am nächsten Abend ein weiteres Haus brennt.

Außerdem hat sich die Feuerwehr mehrfach selbst als Brandstifter erwiesen. „Keine Koalition mit dem Rassismus“ ist metaphorisch verstanden, ein guter Slogan. Nicht die Frage ist aber entscheidend, ob die FPÖ an der Regierung teilnimmt, sondern die Frage, ob die Regierung weiterhin an einer Politik teilnimmt, die um InländerInnen zu „schützen“, die AusländerInnen einer rechtlichen Diskriminierung aussetzt.

Schon lange höre ich die Kritik, die MeinungsmacherInnen seien hierzulande

konfliktscheu und würden Diskussionen über Migration und Asylwesen verdrängen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass nicht ein Zuwenig, sondern ein Überfluss an Diskussionen über MigrantInnen und AsylwerberInnen die politische Lage in diesem Land so zugespitzt hat. Nahezu jedes politische Gerede beginnt heute mit dem „Ausländerproblem“ und endet als „Asylmißbrauch“. Nicht weil die Intellektuellen zuwenig darüber reflektieren, welche Ängste die Bevölkerung hat, sondern weil wir alle zugelassen haben, dass Worte wie Überfremdung öffentlich gebraucht werden dürfen, stehen wir heute da, in der Kälte.

„Wir müssen die berechtigten Ängste der Bevölkerung vor der Migration ernst nehmen“ – der Standardsatz der Notsituationen. Ich habe jedes Mal Angst, wenn ich diesen Satz höre. Solange die zugewanderten Menschen in dieser Gesellschaft nur so, als Ursache von Ängsten, eine aktive Rolle spielen dürfen, wird der Rassismus munter weiter blühen.

Auch wir haben Angst. In den letzten Wochen höre ich viele Menschen mit dem Gedanken kokettieren, ob man nicht auswandern sollte. Man kann nicht zur Demokratie stehen und gleichsam vor den Ergebnissen der Demokratie flüchten. Auch ich wurde oft gefragt, ob ich denn auswandern wolle. Ich bin schon einmal ausgewandert, und zwar hierher. Wir Zugewanderte wollen hier bleiben und diese Gesellschaft mitgestalten, weil wir ihr etwas schulden und weil sie uns etwas schuldet.

Ich kehre wieder in die Mitte zurück. Wir werden sie aber in nächster Zeit oft verlassen müssen, um den Rassismus in seiner gesamten Wirklichkeit sehen und abschaffen zu können.

Hakan Gürses

Gründung von **SOS Mitmensch**. Großkundgebung „Lichtermeer“ mit **300.000** Teilnehmenden gegen das FPÖ-Volksbegehren „Österreich zuerst“. Das Volksbegehren (416.531 Unterschriften) wird von Regierung zurückgewiesen. Begründung: Die meisten Forderungen seien schon erfüllt.

Beginn einer Serie von **Brief- und Rohrbombenattentaten** gegen Institutionen, Vereine und Personen, die sich für Minderheiten einsetzen.

Bundespflegegeld tritt in Kraft. Menschen mit Behinderung erhalten je nach Behinderungsgrad und Assistenzbedarf in sieben Stufen Geldleistungen, mittels derer sie sich selbständig Hilfe organisieren können. Der Einführung des Gesetzes gehen jahrzehntelange Kämpfe der Behindertenverbände voraus.

Eine Novelle des **Schulorganisationsgesetzes** ermöglicht die **Integration von Kindern mit Behinderung** in die Volksschule, wird in der Folge auf die Sekundarstufe I ausgeweitet.

Einbeziehung von **Müttern nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft** in die **Geburtenbeihilfe**.

Bundeskanzler **Franz Vranitzky** bittet am 9. Juni in Jerusalem die Opfer der österreichischen NS-TäterInnen im Namen der Republik um Verzeihung. 1994 hält **Thomas Klestil** als erster österreichischer Bundespräsident vor dem Knesset eine Rede.

16. Dezember: **Anerkennung der Roma und Sinti als eigene Volksgruppe**. Am 31. Dezember erfolgt ein Schusswaffenattentat auf eine Veranstaltung des **Romano Centro** in Wien. Seit 1995 gibt es einen Volksgruppenbeirat der Roma.

DAS BEHINDERTE RECHT

Franjo Schruiff

Vor bald 30 Jahren hat der Verfassungsgerichtshof einen Rechtssatz geprägt, der den Minderheitenschutz in Österreich in ein neues Licht rückte: Es sei verfassungsrechtlich geboten, Minderheiten unter Umständen nicht nur gleich zu behandeln, sondern sie zu bevorzugen, um dem Minderheitenschutz faktisch Geltung zu verschaffen.

Was folgte, ist eine tatsächlich beachtliche Entwicklung. Der Verfassungsgerichtshof wurde zum faktischen Schrittmacher der Minderheitenpolitik in Österreich und verstärkte völkerrechtliche Tendenzen, die vor allem vom Europarat und der KSZE/OSZE nach Österreich einwirkten. Während aber die neuen völkerrechtlichen Instrumente wie die Charta der regional- und Minderheitensprachen und die Rahmenkonvention des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten in Österreich mit Erfüllungsvorbehalten und ohne subjektive Rechtsposition der betroffenen Personen und Gruppen ausgestaltet wurden, anerkannte der Verfassungsgerichtshof die unmittelbare Anwendbarkeit von Teilen des verfassungsrechtlich abgesicherten Minderheitenschutzes im Artikel 7 des Staatsvertrages von Wien 1955.

Soweit diese Rechte auch als Individualrechte interpretiert wurden, konnten Kroaten und Slowenen (endlich) die tatsächliche Umsetzung der verfassungsrechtlich seit Jahrzehnten garantierten Minderheitenrechte vor Gericht durchsetzen.

Bis zu den Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes galten diese Bestimmungen als totes Recht – die Republik Österreich konnte sich zwar international auf entsprechende Regelungen zugunsten der Minderheiten berufen, die ja sogar im Verfassungsrang stünden, innerstaatlich gab es aber keine Möglichkeit der Rechtsdurchsetzung.

Symptomatisch war etwa die Umgehung des Rechtes auf die kroatische Amtssprache im Burgenland. Sie war völkerrechtlich und verfassungsrechtlich in allen zweisprachigen Gemeinden eindeutig garantiert, es gab ein (wenngleich restriktives) Volksgruppengesetz, das die Festlegung der zweisprachigen Orte einer Durchführungsverordnung vorbehielt, aber kein Beamter/Richter konnte/durfte tatsächlich Kroatisch sprechen oder schreiben, weil die Bundesregierungen nie eine Verordnung erließen. Und ohne derartige Verordnung gebe es die kroatische Amtssprache nur in der Verfassung, nicht aber in der Praxis, meinte die Verwaltung bis hinauf ins Bundeskanzleramt. Man bedauere, aber das sei nun einmal in einem Rechtsstaat so.

Der Verfassungsgerichtshof hat diesem Unfug im Jahr 1987 ein Ende gesetzt und den Kroaten Recht gegeben. Wenn die Bundesregierung nicht bereit oder in der Lage sei, eine Verordnung zu erlassen, dann könne sich der Einzelne eben direkt auf die Verfassungsbestimmungen des Artikel 7 stützen. Kurz darauf erließ die Bundesregierung eine Amtssprachenverordnung für das Burgenland.

Als Individualrechte anerkannt und vor dem Höchstgericht durchgesetzt wurde in weiterer Folge auch die zweisprachige Volksschule in Kärnten außerhalb bestimmter Kerngemeinden.

Weitere politische Konsequenzen dieser Rechtsprechung war die zweisprachige Handelsakademie in Klagenfurt und das zweisprachige Bundesgymnasium für Kroaten und Ungarn in Oberwart. Hier kam der Gesetzgeber Erkenntnissen zuvor, hatte man doch seit mehr als 35 Jahren den verfassungsrechtlichen Anspruch der Kroaten im Burgenland auf eine „verhältnismäßige Anzahl (!) eigener Mittelschulen“ ignoriert. Kurz darauf folgte ein Minderheitenschulgesetz für das Burgenland und eine erstmalige gesetzliche Regelung über die zusätzliche stundenweise Verwendung des Kroatischen als zusätzlicher Sprache in den kroatischen Gemeinden.

Angst der Politik

In Österreich wurden nach längerem Tauziehen und Widerständen aus dem Bundeskanzleramt die Roma und Sinti in einem symbolischen Akt als Volksgruppe anerkannt: Ein historischer Meilenstein für die Betroffenen, die zuvor durch Jahrhunderte seitens der Obrigkeit nur mit offener Ablehnung und Diskriminierung, in der Nazizeit sogar mit Auslöschung und physischer Vernichtung konfrontiert waren.

Aus außenpolitischen Gründen wurden nach der Trennung der Tschechoslowakei in zwei nationale Staaten auch in Österreich die Slowaken als eigene Volksgruppe neben den Tschechen anerkannt, außerdem wurden auch die „Wiener Ungarn“, und damit eine Gruppierung, die im Wesentlichen aus Migranten erster und zweiter Generation bestand, in die bestehende ungarische Volksgruppe „aufgenommen“.

Letztlich wurde sogar eine Staatszielbestimmung in die Bundesverfassung aufgenommen. Der neue Artikel 8 sagt uns seit dem Jahr 2000 in Absatz 2, dass Sprache und Kultur, Bestand und Erhaltung der autochthonen Volksgruppen zu achten, zu sichern und zu fördern sind.

„Eine mehr oder minder schematische Gleichstellung von Angehörigen der Minderheiten mit Angehörigen anderer gesellschaftlicher Gruppen wird der verfassungsgesetzlichen Wertentscheidung nicht immer genügen können. Je nach dem Regelungsgegenstand kann es der Schutz von Angehörigen einer Minderheit gegenüber Angehörigen anderer gesellschaftlicher Gruppen sachlich rechtfertigen oder sogar erfordern, die Minderheit in gewissen Belangen zu bevorzugen.“ (VfGH vom 5.10.1981, 9224/19819)

Dieser neue Ansatz wurde vom Verfassungsgerichtshof in den folgenden Jahrzehnten weiter entwickelt und führte dazu, dass die politische Stagnation im Minderheitenrecht aufgebrochen wurde.

Aber allen symbolischen Anerkennungen und Bekenntnissen ist eines gemeinsam: solange die Betroffenen keinen direkten Rechtsanspruch geltend machen können, sind sie auf den politischen Goodwill der Mehrheit angewiesen. Deshalb fordern die Minderheitenorganisationen seit langem ein Verbandsklagerecht, mit dem gesetzes- oder verfassungswidrige Zustände bei den Zivilgerichten oder den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts bekämpft werden können. Doch vor dem Rechtsweg dürfte sich die Politik am meisten fürchten. Die Minderheiten werden deshalb in wesentlichen Bereichen des Minderheitenschutzes im Zugang zum Recht behindert.

Kunstgriffe und Umwege

Zuletzt ist es den Kärntner Slowenen gelungen, auch verfassungsrechtlich abgesicherte Minderheitenrechte, die bisher nicht als Individualrechte und als nicht unmittelbar anwendbare Normen angesehen wurden, durch individuelle Beschwerden vor dem Verfassungsgerichtshof durchzusetzen: Das Recht auf zweisprachige Ortstafeln. Diese stehen in Kärnten zwar in vielen Gemeinden seit bald 40 Jahren und im Burgenland seit mehr als 10 Jahren, aber eben nur in 25 Prozent-Gemeinden. Weder den ausgeschlossenen Gemeinden noch den betroffenen Volksgruppenangehörigen wurde die Möglichkeit eingeräumt, diese Verfassungswidrigkeit direkt geltend zu machen, weil weder der Einzelne noch die Gemeinde ein Individualrecht auf das Aufstellen einer zweisprachigen Tafel habe und daher durch fehlende Tafeln auch nicht in seinen individuellen Rechten verletzt sein könne. Und ein Verbandsklagerecht gibt es noch immer nicht.

Hier half ein Kunstgriff über das Verwaltungsstrafrecht. Wer im Ortsgebiet

einer fraglichen Gemeinde zu schnell mit dem KFZ unterwegs ist oder sich zumindest dessen selbst beschuldigt, der wird bestraft und ist damit individuell betroffen. Wenn aber die Rechtsgrundlage der (einsprachigen) Ortstafel, die das Tempolimit vorgibt, verfassungswidrig ist und die Ortstafel eigentlich zweisprachig sein müsste, dann könnte der Strafbescheid schon in seiner Wurzel mangelhaft sein. Im Zuge dieser Überlegung konnte der Verfassungsgerichtshof dann auch die geltende Ortstafelregelung prüfen und hat in mittlerweile über 30 Einzelentscheidungen die 25 Prozent-Klausel gekippt. Bei richtiger Auslegung der verfassungsrechtlichen Staatsvertragsnorm sei bereits bei einem Minderheitenanteil von ca 10 Prozent von einer „zweisprachigen Gemeinde“ auszugehen, die in den Schutzbereich des Staatsvertrages fällt, meint der Verfassungsgerichtshof.

Abstruse Umwege zur Durchsetzung von verweigertem Verfassungsrecht könnten leicht vermieden werden, wenn den Volksgruppenorganisationen die entsprechenden Instrumente in die Hand gegeben würden, Fehler in der Verwaltung vor unabhängigen Gerichten zu bekämpfen. Derzeit werden sie im Zugang zum Recht absichtlich behindert.

Vor dem Hintergrund der VfGH-Erkenntnisse zum Anwendungsbereich des Staatsvertrages von Wien ist auch die aktuelle „Ortstafeleinigung“ zu sehen. Politisch durchgesetzt wird nicht eine 10 Prozent-Klausel, sondern eine 17,5 Prozent-Klausel, also ein Abweichen vom verfassungsrechtlich Gebotenen zulasten der Volksgruppe.

Und damit diese neue Rechtswidrigkeit nicht mehr bekämpft werden kann, baut der Gesetzgeber nun eine effektive Hürde

gegen die Befassung des Verfassungsgerichtshofes ein. Jede einzelne Ortstafel im kleinsten Weiler in Südkärnten wird im Verfassungsrang bestimmt, jede fehlende Tafel der Prüfungskompetenz des VfGH entzogen. Um ja keine Probleme zu bekommen, werden in einem Aufwaschen auch die problematischen Amtssprachenregelungen im Verfassungsrang beschlossen, und zwar nicht nur für Kärnten, sondern auch gleich für das Burgenland.

Der Verfassungsgerichtshof, der vor 30 Jahren mit einer richtungsweisenden Entscheidung wesentliche Impulse im Minderheitenrecht gesetzt hat, wird damit als Korrektiv ausgeschaltet. Die Betroffenen werden effektiv behindert, ihre Rechte durchzusetzen – und sind wieder, wie vor 30 Jahren, auf den guten Willen der Mehrheit angewiesen.



F. Schruiff © privat

Franjo Schruiff

ist Rechtsanwalt in Wien. Er war lange Zeit Mitarbeiter des Grünen Parlamentsklubs, Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten und verschiedener kroatischer Organisationen.

Die Initiative Minderheiten ruft das **Minderheitenjahr** aus. Zahlreiche Veranstaltungen, u. a. Tagung der Minderheiten und Präsentation der Wanderausstellung „Kolaric“ im Parlament.

1994

27. April: Enthüllung einer **Gedenktafel** für die in **Mauthausen ermordeten Roma und Sinti**. 1998 folgt ein Mahnmal für alle dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallenen Roma und Sinti.

„Aktion Standesamt“ im Wiener Rathaus. Die **HOSI** organisiert eine schwul/lesbische Doppelhochzeit.

Eröffnung des psychosozialen Zentrums **ESRA** zur Betreuung von Überlebenden der NS-Verfolgung und deren Nachkommen in Wien. 2011 bekommt ESRA den **Bruno Kreisky Preis** für Verdienste um die Menschenrechte.

EU-Beitritt Österreichs.

10. Februar: Gründungsversammlung des Vereins **TransX – Verein für TransGender Personen** in Wien.

Gründung des **Integrationshauses** in Wien, u. a. als Folge des Jugoslawienkrieges.

1995

Einrichtung des **Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus**. Allen Gruppen von NS-Opfern wie etwa Euthanasieopfern, Homosexuellen oder vom NS-Regime als „asozial“ bezeichneten Verfolgten werden nun Pauschalzahlungen zugestanden.

Erstmalige Aufnahme von zwei **VertreterInnen der steirischen SlowenInnen** in den **Volksgruppenbeirat**, allerdings ohne Stimmrecht. Ab diesem Zeitpunkt gibt es für den Verein **Artikel VII** eine Bundesförderung.

Eine Rohrbombe tötet in **Oberwart** vier burgenländische **Roma**. **Franz Fuchs** wird 1999 als Einzeltäter für diesen Anschlag und für die **Briefbomben** verurteilt. In Erinnerung an die vier Opfer des Attentates wird 2000 in Oberwart ein Denkmal errichtet.

OFFENER BRIEF AN DEN KLEINEN MANN

Lieber Kleiner Mann!

Wie du wahrscheinlich gemerkt haben wirst, habe ich Dich sonderbar angeredet. Ich habe das Eigenschaftswort *klein* großgeschrieben: nicht weil ich darin eine übermäßig satirische Doppeldeutigkeit erblicke (Du weißt es zwar nicht, weil Du mich ja sonst nie liest, aber ich bin ein ganz seriöser Redakteur). Nein, ich schreibe das Klein groß, weil dieses Adjektiv (wie gesagt: Eigenschaftswort) Dir mittlerweile so etwas wie ein Vorname geworden ist. Du bist wahrscheinlich der Länge nach besehen gar nicht so klein, ich denke sogar, dass du mit Sicherheit größer bist als ich (wir Südländer geraten halt nicht besonders groß; vielleicht sind wir Dir deswegen nicht besonders sympathisch). Aber es ist Deine wichtigste Eigenschaft, klein zu sein. Ich nehme an, dass damit eine andere Größe gemeint wird: Der soziale und politische Raum, den du einnimmst, muss kleiner sein als jener von – von den FPÖ-PolitikerInnen? Ich weiß es nicht. Ich habe Dich ja auch nicht auf diesen Namen getauft.

Ich glaube, freier Kleiner Mann, Du wirst diese Regierung gewählt haben, rühmen sich die Regierungsparteien doch dessen, Dir einen Gefallen nach dem anderen zu tun. Sie reden von Kinderschecks, von Begünstigungen der Familie, von Treffsicherheit. Vor allem die FPÖ spricht immer dann, wenn ihr die politische Sache zu groß wird, vom kleinen Mann. Und das Problem dabei ist, weitsichtiger Kleiner Mann, dass Dir die so offensichtlichen Widersprüche zwischen ihren Worten und Taten nichts auszumachen scheinen.

Du bist von den budgetären Sanierungsmaßnahmen getroffen, denn jede

Gesellschaftsgruppe muss ein Bissl draufzahlen, wie der Finanzminister sagt. Wer wie viel Bissl zahlt, bleibt zwar eine offene Frage, aber nachdem Du *per definitionem* (entschuldige bitte die Fremdsprache, patriotischer Kleiner Mann, auch diese Art von Österreich-Vernaderung werde ich im Laufe der Zeit ablegen lernen, ich bin noch zu sehr dem Zweite-Republik-Altparteien-System verhaftet); ich meinte: *laut Begriffbestimmung* klein bist, wird das Bissl bei Dir ziemlich groß ausfallen. Außerdem, aufmerksamer Kleiner Mann, wurde diese Sanierung für die Europäische Währungsunion, also für den Euro, in so kurzer Zeit notwendig; aber war die eine Regierungspartei nicht eigentlich gegen den Euro? Und sie stellt auch den Finanzminister. Dieser Punkt macht mich irgendwie nachdenklich, aber Dich augenscheinlich nicht, weiser Kleiner Mann.

Es gab da die Sache mit den so genannten EU-Sanktionen. Die Regierenden haben dann gesagt, wenn die Sanktionen nicht weg sind, werden wir den kleinen Mann befragen, ob er überhaupt in der EU bleiben will. Dich fürchten sie, die Österreich-Vernaderer und die Systemmenschen, nicht nur in Österreich, sondern offenbar auch im Ausland. Da sagten der Bundeskanzler, die Vizebundeskanzlerin, die Außenministerin und andere Dich kennende Persönlichkeiten, dass die Souveränität eines Staates (also die Ausübung der Hoheitsrechte oder besser: eigene Chefität) unantastbar sein müsse, die Innenpolitik eines Landes gehe niemanden aus dem Ausland was an. Aber dann war diese Sache mit Temelin: Ein Staat baut da innerhalb seiner Grenzen ein Atomkraftwerk, was an sich eine

Gefahr darstellt. Unsere Regierung meint aber, dass dieser andere Staat damit vor allem Deine Kinder gefährde. Folgerichtig gehst Du mit den anderen zur Grenze und blockierst diese eben. Aber was ist mit den Hoheitsrechten jenes Landes? Denn derselbe Schlüssel (das ist der Bundeskanzler, weißt eh, trug früher die Mascherln), der die EU damit abwatschte, man dürfe ihm keine Vorschriften machen. Und: Die Regierung, die ein Verbot der Antiregierungsdemonstrationen erwägt, spricht bezüglich der Anti-Temelin-Demonstrationen vom Demonstrationsrecht in der Demokratie. Geht Dir, kluger Kleiner Mann, das alles wirklich in den Kopf?

Es gibt so viele Dinge, Kleiner Mann, die in Deinem Namen geschehen und gegen Dich gerichtet sind – es würde mehrere Seiten in Anspruch nehmen, sie alle aufzuzählen. Die Regierung will beispielsweise Studiengebühren einführen – hast Du keine Kinder, die studieren oder einmal studieren werden? Die Steuern werden erhöht – zahlst Du denn nie Steuern? Die so genannte Sicherheitspolitik verunsichert immer mehr – hast Du's denn nie mit der Polizei zu tun?

Ich muss gestehen, geschätzter Kleiner Mann, ich kenne Dich nicht. Die Regierung schärft Dir ein, Du sollst so viele Kinder wie möglich zeugen, damit wir keine Ausländer ins Land holen müssen. Produktiver Kleiner Mann, hast Du überhaupt eine Kleine Frau dafür? Wenn ja, warum spricht dann niemand von ihr?

Du wirst diese Zeilen niemals lesen, kleiner Kleiner Mann. Denn Du bist eine große Lüge, die tagaus tagein die schwarzblaue Märchenwelt bevölkert.

Kleiner Mann, mir graut vor Dir.

Hakan Gürses

Mit **Maria Vassilakou** wird erstmals eine eingebürgerte Einwanderin Gemeinderätin. 2008 zieht mit **Alev Korun** die erste Abgeordnete mit migrantischem Hintergrund in den österreichischen Nationalrat ein. 2010 wird **Maria Vassilakou** die erste grüne **Vizebürgermeisterin Wiens**.

Gründung von **Pamoja** – Bewegung der jungen afrikanischen Diaspora in Österreich.

1996

Schriftliche Anfrage der Grünen betreffend **Raub und Arisierung in der NS-Zeit** in Österreich bzw. den materiellen Schaden der **NS-Opfer** insgesamt.

Die Grünen stellen im Parlament einen Antrag auf Aufnahme einer **Nichtdiskriminierungsklausel** für Menschen mit Behinderung.

29. Juni: Erste **Regenbogenparade** in Wien.

Aufhebung der **Sonderparagrafen § 220 und § 221** im österreichischen Strafrecht, die bis dahin ein Werbe- und Vereinigungsverbot für Homosexuelle festlegten.

Verabschiedung des Fremdengesetzes 1997: **Aufenthaltsverfestigung für MigrantInnen nach acht Jahren Niederlassung**. Familiennachzug für Kinder bis zum 14. Lebensjahr, der VfGH erhöht die Altersgrenze auf 15 Jahre.

Frauenvolksbegehren „Alles, was Recht ist“ des Unabhängigen Frauenforums (645.000 Unterschriften). Viele der Forderungen sind bis heute nicht umgesetzt.

1997

November: Beschluss der Einrichtung eines **offiziellen Gedenktages** für die Opfer des NS-Regimes am 5. Mai, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen.

Aufnahme des **Benachteiligungsverbots** für Menschen mit Behinderung und des Staatszieles der **Gleichbehandlung behinderter und nicht behinderter Menschen** in den **Artikel 7** der Bundesverfassung.

Fabien Didier Yene
Bis an die Grenzen
 Chronik einer Migration
 Vom französischen
 Typoskript übersetzt von
 Beatriz Graf ·
 224 Seiten · EUR 19,80
 ISBN 978-3-85435-642-4



**Ein einzigartiges
 Dokument über
 die unmensch-
 lichen Konsequenzen der euro-
 päischen Abschottungspolitik –
 aus der Feder eines direkt
 Betroffenen.**

Drava Verlag / Založba Drava
 Tarviser Straße 16, 9020 Klagenfurt/Celovec
 Tel +43 463/50 10 99 · office@drava.at
 www.drava.at

Drava 



Edition Niemandland

herausgegeben von der Grünen Bildungswerkstatt
 Minderheiten

Ilija Jovanović
**Mein Nest in deinem Haar /
 Moro kujbo ande čire bal**

Gedichte. Romanes und
 Deutsch · Mit einem Nachwort
 von **Elfriede Jelinek**

136 Seiten · EUR 19,80
 ISBN 978-3-85435-645-5



*»Die magische
 Beschwörung
 der Welt durch die Wörter soll
 in seinen Gedichten wirken,
 sie sind wie Amulette gegen
 das Unheil.« (Paul Jandl, NZZ)*

Auf Initiative der Grünen findet im Juni ein **Parlamentsenquete** zur **Erfassung der wirtschaftlichen Schäden der NS-Opfer** in Österreich statt. **Terezija Stoisits** fordert die Einrichtung einer Anlaufstelle sowie die Schaffung eines nationalen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus.

Der Nationalrat in Wien ratifiziert die „**Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten**“. Europäische Staaten verpflichten sich hiermit zu einheitlichen Mindeststandards im Minderheitenschutz.

Unter der Schirmherrschaft der **IM** wird **VIGA – Vienna International Gay Association** gegründet. Weitere migrantisch-queere Organisationen folgen: 2002 **LesMAus**, 2004 **ViennaMix**, 2009 **MiGaY**, 2010 **Oroqua**.

1. Oktober: Einsetzung einer **Historikerkommission** zur Untersuchung von Vermögensentzug auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit sowie Rückstellungen bzw. Entschädigungen nach 1945.

1998

IM, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, amnesty international, HOSI Wien, SOS-Mitmensch, Initiative Selbstbestimmt Leben und helping hands beginnen ein **Antidiskriminierungsgesetz** auszuarbeiten. 2001 wird der Entwurf präsentiert, findet jedoch keine Berücksichtigung im österreichischen Gleichbehandlungsgesetz von 2004.

IM, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, amnesty international, HOSI Wien, SOS-Mitmensch, Initiative Selbstbestimmt Leben und helping hands beginnen ein **Antidiskriminierungsgesetz** auszuarbeiten. 2001 wird der Entwurf präsentiert, findet jedoch keine Berücksichtigung im österreichischen Gleichbehandlungsgesetz von 2004.

Orange 94.0, eine mediale Plattform für minorisierte Gruppen in den Massenmedien, geht on air. Gründung von **Radio STIMME**.

VON DER KUNST DER KONTINUITÄT

Hikmet Kayahan

Ich habe sie noch, auch wenn schon etwas verstaubt, die ersten Ausgaben der STIMME, die Nummer 1/91, vor 20 Jahren erschienen, zwei Jahre nach meiner Ankunft in Österreich. Und seit damals begleitet sie mich. Oder umgekehrt, ich begleite sie, auf die eine oder andere Art und Weise. Und immer als Freund der ChefredakteurInnen, Hakan Gürses zuerst, und nun Gamze Ongan, die es über all die Jahre geschafft haben kontinuierlich die Qualität der STIMME zu halten und zu erweitern. Aber nicht um diese Kontinuität geht es im Folgenden.

Ich blättere in den alten Ausgaben und fühle mich wie in „Und täglich grüßt das Murmeltier“ – Sie erinnern sich, das ist der Film, in dem Bill Murray in einer Zeitschleife fest sitzt und alpträumhaft wieder und wieder denselben Tag durchlebt. Kann es sein, dass auch ich seit 20 Jahren in einer österreichischen Zeitschleife fest sitze?

Denn obwohl sich in den letzten 20 Jahren viel verändert hat (erinnern Sie sich? Wir hatten keine Handys; es gab kein Facebook; für Flüge mussten wir noch richtig viele Schillinge hinblättern), scheint sich in Österreich nicht viel Substantielles verändert zu haben. Kontinuität hat Tradition. Besonders wenn es um Blindheit auf dem rechten Auge geht. Wen wundert es also, wenn die österreichischen Behörden eine Neo-Nazi-Hetz-Web-Site im Jahre 2011 nicht vom Netz nehmen können, wenn die selben Behörden nach 1945 die Alt-Nazis, also die Väter der Neo-Nazis, unbehelligt lieben. So schrieb Der Spiegel schon 1965 (Nr. 44): „Von 15 ostmärkischen Juristen, die zwischen 1938 und 1945 in Wien nachweislich der NS Sondergerichtsbarkeit dienten, schieden nach Kriegsende nur vier aus dem aktiven Justizdienst aus: Einen hängten die Russen, zwei zogen sich in eine Anwaltspraxis zurück, einer – Dr. Friedrich Nowakowski – wurde Universitätsprofessor in Innsbruck und Mitschöpfer des neuen österreichischen Strafrechts. Die übrigen Hitler-Richter und -Staatsanwälte entledigten sich des Hakenkreuz-Talars und schlüpfen flugs in das Gewand demokratischer Justiz.“

In der Kontinuität dieser Kontinuität finden sich dann auch so kuriose Fälle wie dass Adolf Hitler im Jahre 2011 noch immer Ehrenbürger der Stadt Amstetten ist; die Stadtführung(en) fanden es in 66 Jahren nicht für notwendig, ihm die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. (derstandard.at, 24. Mai 2011) Aber noch erschreckender ist u. a. der Kommentar von user *tiroli809*, der ungeniert von sich gibt: „Die ganze Hitlersch... hängt sowieso schön langsam zu Hals raus. Die ewig gestrigen sind jene, die dieses Thema andauernd wieder in den Vordergrund zerrn.“ Auch diese Kontinuität hat Tradition: Wir sind die armen Opfer und wir haben die Nase voll von dem Thema; es muss mal Schluss sein!

Als nächstes zu der kontinuierlichen Beugung des Rechtsstaates durch die Politik, wenn es um die gesetzlich gesicherten Rechte von Minderheitengruppen geht: Ich sage nur Ortstafeln, Auflage 2011! Ich weiß, auch Sie können das nicht mehr hören. Hinhören müssen wir dann aber doch – leider – wieder, wenn wir aus dem Süden vernehmen, dass die Mehrheit über die Rechte der Minderheit abstimmen soll. Und die Stille ob dieser Ungeheuerlichkeit ist nicht nur Legion, sondern folgt einer tradierten österreichischen Kontinuität. Und da der Widerstand gegen Unrecht und Dummheit leider keine wirkliche Kontinuität hat, werde ich wohl in der STIMME des Jahres 2021 schreiben: In der Kontinuität dieser Kontinuität finden sich dann auch so kuriose Fälle wie dass in Kärnten noch immer keine zweisprachigen Ortstafeln stehen...

Apropos Süden: Erinnern Sie sich noch an die Warnungen eines Wahl-Kärntners? Dass wir von den ausländischen Horden überrannt werden, wenn wir der EU beitreten? Natürlich erinnern Sie sich, denn

1. Mai: Der nigerianische Staatsbürger **Marcus Omofuma** wird bei seiner Abschiebung nach Bulgarien getötet. Gründung der Plattform Für eine Welt ohne Rassismus. 2002 endet der Prozess gegen die Omofuma begleitenden Polizisten mit bedingten Freiheitsstrafen.

Staatsbürgerschaftsgesetznovelle: Für den Erhalt der Staatsbürgerschaft müssen erstmals Deutschkenntnisse nachgewiesen werden.

Juli: der **Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden** richtet eine Anlaufstelle für **jüdische NS-Opfer und deren Angehörige** ein.

Ulrike Lunacek zieht als erste offen lesbische Politikerin in den österreichischen Nationalrat ein.

1999

Einführung des **Roman** als Unterrichtssprache an **burgenländischen Schulen**.

27. Mai: Im Zuge der **Operation Spring** – größte kriminalpolizeiliche Aktion der **Zweiten Republik** – nehmen österreichweit 850 PolizistInnen massenhaft Menschen afrikanischer Herkunft fest. Gegen rund 120 Personen werden Justizverfahren eingeleitet.

Bei den Nationalratswahlen im Oktober wird die **FPÖ zweitstärkste Partei vor der ÖVP**. Im November erfolgt die erste Großdemonstration „**Keine Koalition mit dem Rassismus**“ in Wien. **Get to Attack** wird gegründet

Zahlreiche **Demonstrationen** gegen **rassistische Polizeigewalt** unter Beteiligung der **African Communities** in Wien.

alle Jahre wieder grüßt die Überfremdung, mal bei der einen Erweiterung, mal bei der anderen. Die Panikmache wird fortgesetzt, mal von einem, der an eine ordentliche Beschäftigungspolitik unter Hitler glaubte, mal von einem, der „Paint-Ball“ im Wald spielt und das Kreuz vor sich herträgt. Blabla, usw., etc. Nichts neues, weder hier noch dort.

Übrigens folgt auch die Ernennung unserer InnenministerInnen einer bestimmten Kontinuität: Einer ist mehr Hardlinerin als die andere. Und alle wissen genau, wer an was Schuld ist, nämlich die bösen AusländerInnen, nur so lässt sich erklären, weshalb das „Fremdengesetz“ in schwindelerregenden Tempo immer und immer wieder geändert wird, im Grunde aber nur immer restriktiver und nicht nur aus menschenrechtlicher, sondern auch rechtstaatlicher Sicht bedenklicher wird. Und mit jeder Verschärfung des Asyl- und/oder Fremdenrechts erheben sich die MahnerInnen und rufen zu Demonstrationen auf. Auch das folgt einer bestimmten Kontinuität, also das Aufrufen, und die Tatsache, dass immer weniger Menschen bereit sind, diesen Aufrufen zu folgen. Wozu auch, bringt eh nichts. Die Französische Revolution fand nicht in Wien statt. Das 1968er Jahr wurde auf der Insel der Seligen mehr oder weniger verschlafen. Beim besten Willen fallen mir keine österreichischen Revolutionen ein. Zwentendorf, vielleicht. Na ja, auch nicht wirklich. Immerhin wollte Kreisky im Fall eines Votums gegen das Kraftwerk zurücktreten, was er aber nicht tat, sondern bei den nächsten Wahlen sein bestes Ergebnis überhaupt erreichte.

Da hätten wir dann schon die nächste Kontinuität: In Österreich tritt grundsätzlich kein PolitikerIn zurück, egal was passiert. Wegen Volks- und Religionsverhetzung

Verurteilte erhalten weiterhin monatlich Steuergelder auf ihr Konto. Wegen Wiederbetätigung Verurteilte werden nicht geächtet, sondern sind weiterhin ehrbare BürgerInnen. Und das Gedächtnis der Massen ist eh wie ein Sieb, Brot und Spiele sorgen dafür... Wer hat uns heuer eigentlich beim Songcontest vertreten?

In unserem Parlament, in unseren Gemeinderäten, in unseren Landtagen sitzen Personen, die in jedem anderen demokratischen Land mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt werden würden. Einer, der Ausländer mit Zügen aus dem Land deportieren wollte, sitzt in unserem Parlament und führt auf SteuerzahlerInnenkosten ein feines Leben; ein Mann, dessen Nähe zu als rechtsextrem gesehenen Gruppen alle Spatzen von den Dächern pfeifen, ist Präsident des selben Parlaments. Gewählt wurde er übrigens auch von SPÖ und ÖVP Abgeordneten. Und siehe da, schon wieder eine Kontinuität: Im Grunde sind nicht die wahren Bösewichte das Problem, sondern die, die sie dulden und erst ermöglichen. Die selben PolitikerInnen, die immer und immer wieder die Menschenrechte mit den Füßen treten, die RassistInnen tolerieren und ermöglichen, sind es dann auch, die mit dem rechten Rand Spargel essen, während ihnen ein verstohlenes „Wehret den Anfängen!“ von den Lippen kommt. William Faulkner hat Recht, wenn er sagt „Auf die bösen Menschen ist Verlass, sie ändern sich wenigstens nicht.“ Nur auf die, die sich zu den Guten zählen ist kein Verlass: Sie sind Wendehälse, weder sich selbst noch ihren Parteiprogrammen treu...

Aber ich will Sie nicht langweilen und komme zur letzten Kontinuität: Mich selbst. Seit 20 Jahren sage und schreibe ich immer das Selbe. Wir marschieren Jahr für Jahr gegen Rassismus und Faschismus,

prangern an, kritisieren – immer das Selbe. Nichts ändert sich, scheinbar. Wenn Sie es nicht glauben, lesen sie einfach in der STIMME nach, jeden Text, den ich vor 20, 15, 10 Jahren geschrieben habe, könnte ich eins zu eins ganz aktuell bringen, nur die Namen müssten geändert werden.

Tu felix Austria! Gefangen in der Zeitschleife. Und im Jahre 2031, zum 40-jährigen Jubiläum der STIMME, werde ich – wenn Allah mir ein langes Leben schenkt – denselben Artikel beisteuern und niemand wird es merken, denn auch das Vergessen folgt einer Kontinuität... denn obwohl sich in den letzten 20 Jahren viel verändert hat – wir erinnern uns: wir hatten keine Handys; es gab kein facebook; für Flüge mussten wir noch richtig viele Schillinge hinblättern – scheint sich in Österreich nicht viel Substantielles zu verändern. Kontinuität hat Tradition.



H. Kayahan © Georgia Sever

Hikmet Kayahan,
der STIMME verbunden seit 20
Jahren, als redaktioneller Mitarbeiter,
als Autor, als Leser, als Freund.

Februar: Beginn der Ära „**Schwarz-Blau**“ mit der **ÖVP-FPÖ Koalitionsregierung**. Proteste im In- und Ausland, die **EU 14 verhängen Sanktionen gegen Österreich**. Donnerstagsdemos und Gründung zahlreicher Initiativen gegen „Schwarz-Blau“, u. a. **Wiener Wahl Partie, TschuschInnenpower und ANAR**.

Februar: Aus Protest an der **Regierungsbeteiligung der FPÖ** zieht **Israel** seinen **Botschafter** aus Österreich ab.

Das **Bundesministerium für Frauenangelegenheiten** wird abgeschafft. Der Minister für **soziale Sicherheit und Generationen, Herbert Haupt (FPÖ)**, ist nun auch für Frauenpolitik zuständig. 2001 wird im Ministerium die Abteilung für **Männerfragen** eingerichtet.

2000

16. Oktober: Die **IM** erhält gemeinsam mit den an der Ausarbeitung eines Antidiskriminierungsgesetzes beteiligten Organisationen den **Bruno Kreisky Preis** für Verdienste um die Menschenrechte.

25. November: Eröffnung des **Mahnmals** für die jüdischen Opfer der Shoah am **Judenplatz** in Wien.

Die **grundlegenden Rechte der Volksgruppen** werden in die **österreichische Bundesverfassung aufgenommen**: Einführung einer Staatszielbestimmung zum **Minderheitenschutz** in **Artikel 8** der Bundesverfassung.

Im österreichischen Nationalrat wird das **Versöhnungsfondsgesetz** beschlossen. In der Folge wird der **österreichische Versöhnungsfonds** ins Leben gerufen, um Zahlungen an Opfer der NS-Zwangsarbeit zu leisten.

Vor dem Hintergrund einer Zunahme an **rassistischen Übergriffen** und **Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien** verabschiedet die **EU Antidiskriminierungsrichtlinien**.

Nachdem in **Kärnten** bereits 1972 mit der Errichtung **zweisprachiger Ortstafeln** begonnen wurde, werden nun auch im **Burgenland 51 zweisprachige Ortstafeln** aufgestellt.

ZUR KAKANISCHEN UMSETZUNG VON RICHTLINIEN

„Einen Brief befördern, heißt in Österreich einen Brief aufgeben.“ Dieser Aphorismus von Karl Kraus wird derzeit zum juristischen Neuleben erweckt.

Eine Sache umsetzen, heißt in Österreich bekanntlich sich eine Sache anschauen. Genau das ist in der Sache Antidiskriminierung passiert: Die österreichische Regierung hat sich die diesbezügliche EU-Richtlinie, die spätestens bis 19. Juli 2003 umzusetzen wäre, „angeschaut“ und am 15. Juli 2003, vier Tage vor dem Ablauf der Frist, einen Gesetzesentwurf zur Begutachtung vorgelegt – obwohl sie dafür drei Jahre Zeit hatte. Im gut kakanischen Stil wurde damit die „Sache“ in das mediale Sommerloch hinein verschlampt. Gewiss war das ungewöhnliche Tempo, mit dem in den letzten Monaten das sogenannte Budgetbegleitgesetz samt Pensionsreform durchgepeitscht wurde, für die Koalition und die schwarzblauen Abgeordneten anstrengend. Ob die Regierung deswegen auf den Termin für die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie vergessen hat oder ob eine solche Umsetzung auf der berühmten – von der Industriellenvereinigung ohne Schenkungswillen geschenkten – Homepage des Finanzministers keinen guten Link abgeben würde, werden wir wohl nie erfahren. Feststeht jedenfalls, dass sich der EU-Mitgliedstaat Österreich beim Ablauf des Termins halb tot gestellt und auch mit dem mangelhaften Entwurf die Absicht gezeigt hat, seinen – gelinde gesagt – unseriösen Umgang mit einer für die Minderheiten äußerst wichtigen Materie fortzusetzen.

Dabei war gerade die Regierungsbildung in Österreich im Jahre 2000 einer der treibenden Gründe für den Rat der EU, sich beim Erlass zweier Richtlinien zur Antidiskriminierung zu beeilen: der Richtlinie „zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ vom 29. Juni 2000 (die eben im Juli 2003 umzusetzen wäre) und jener „zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ vom 27. November 2000 (letzte Umsetzungsfrist: 2. Dezember 2003). Die erste umfasst

von Beschäftigung über Sozialschutz und Wohnen bis hin zur Bildung nahezu alle privaten und öffentlichen Bereiche, schränkt ihren Aktionsradius dafür auf die beiden Diskriminierungsgründe „Rasse“ und „ethnische Herkunft“ ein. Die zweite führt Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und „sexuelle Ausrichtung“ als Diskriminierungsgrund an, beschränkt sich hingegen auf den Bereich Beschäftigung und Beruf. Eine „vertikale“ Bestimmung für alle Bereiche und eine „horizontale“ für einen Bereich.

Selbstverständlich kann und soll diskutiert werden, ob diese Begrenzungen im EU-Konzept sinnvoll sind und ob ihre kombinierte Umsetzung den gewünschten Effekt der Nichtdiskriminierung von Minderheiten wird erzielen können. Auch weitere Fragen drängen sich auf. So wird etwa in beiden Richtlinien ausdrücklich erwähnt, dass „unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Staatsangehörigkeit“ keinen Diskriminierungsgrund darstellt, sowie Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen nicht den Gegenstand dieser Richtlinien bilden. Damit wird ein Großteil der MigrantInnen und der Asylsuchenden weiterhin der nationalen Willkür der Mitgliedstaaten ausgeliefert. Auch die Frage, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Antidiskriminierungsbestimmungen notwendig sind, wurde größtenteils dem Ermessen der Mitgliedstaaten überlassen. Kurzum: Die Richtlinien stellen nicht der Wahrheit letzten Schluss dar. Doch würde ihre Umsetzung einen wichtigen Schritt für eine minderheitengerechte Gesellschaft bedeuten – gerade in einem Land wie Österreich, in dem Antidiskriminierung ein exotisches Fremdwort ist (folgerichtig auch in dem nun vorliegenden Entwurf keine Erwähnung findet) und in dem eine Koalition regiert, die wohl nicht wegen ihrer minderheitenfreundlichen Politik berühmt wurde.

Der vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf des Gleichbehandlungsgesetzes weist wichtige Mängel auf, wie die Grünen und anschließend SPÖ sowie viele NGOs in ihren ersten Reaktionen bemerkt haben.

Sie kritisieren das Fehlen der von der EU vorgesehenen Beweislastumkehr und des Verbandsklagerechts im Entwurf ebenso wie die Reduktion der Gleichbehandlungsanwaltschaft auf eine Kann-Bestimmung. Außerdem verweisen die Grünen darauf, dass im Budget für 2003 und 2004 kein Geld für die Umsetzung der Antidiskriminierungsmaßnahmen vorgesehen ist. (Detail am Rande: Auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums stand noch am 16. Juli 2003 unter dem Titel „Entwürfe“ und über dem Link zum Entwurf des Gleichbehandlungsgesetzes folgender Satz: „Derzeit befinden sich keine wichtigen Rechtsvorschriften in Begutachtung.“ Schlamperei aufgrund einer Fehlleistung? Ein Zeichen für die geringe Wertschätzung von Antidiskriminierung?)

Problematisch ist bereits die Konzeption der rechtlichen Umsetzung: Das bestehende Gesetz, das die Gleichbehandlung von Männern und Frauen regelt, wurde als Hülle genommen, in die die EU-Richtlinie hineingestopft wurde. Die praktischen Konsequenzen dieser Zusammenlegung mehrerer Diskriminierungsgründe werden sich noch weisen. Eines ist aber jetzt schon klar: Für die österreichische Regierung ist Gleichbehandlung gleich Gleichbehandlung – gleich, wen oder warum. Weshalb sich die zusätzliche Arbeit antun, wenn ma sowas eh scho ham! Auch für das Terminproblem scheint die Regierung ein urkakanisches Rezept entwickelt zu haben: Da beide Richtlinien sowieso im bestehenden Gesetz umgesetzt werden, kann man sie ja als eine Richtlinie auffassen und die spätere letzte Frist (2. Dezember) anpeilen. Nur ned hudeln!

Scharf kritisiert wird von der Opposition und den Menschenrechtsorganisationen zudem die fehlende Einbindung der NGOs in die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie. Die Zusammenarbeit mit den NGOs bildet indes einen integralen Bestandteil der beiden EU-Texte. Dabei existiert seit genau fünf Jahren der (vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte gemeinsam mit unterschiedlichen NGOs ausgearbeitete) Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes in Österreich, der eine gute Basis für die Umsetzung der EU-Richtlinien bilden könnte. Aber die Regierung hat diesen Entwurf bis heute nicht einmal ignoriert. Doch sollten wir vielleicht sogar froh darüber sein. Denn: Ein Gesetz ins Leben rufen, heißt in Österreich ein Gesetz verabschieden.

WIR SIND NOCH LANGE NICHT EMANZIPIERT

Helga Pankratz und Sushila Mesquita sind Aktivistinnen der queer-lesbischen Bewegung und Vorstandsmitglieder der Initiative Minderheiten. Vida Bakondy sprach mit ihnen über Vorbilder, Selbstbezeichnungen sowie politische Errungenschaften und Stillstand in den vergangenen 20 Jahren

STIMME: Was verbindet ihr mit der jeweils anderen Person? Wofür steht Helga Pankratz? Wofür steht Sushila Mesquita?

Sushila Mesquita: Als langjährige Aktivistin, die sich immer wieder einmischt, ist Helga für mich eine Figur, zu der ich aufschauen kann.

Helga Pankratz: Ich verbinde Sushi mit einer neuen intellektuellen akademischen Generation, die die queer theory und den schwarzen Feminismus von jung an mitgekriegt hat, während ich mich damit erst als Erwachsene auseinandergesetzt habe.

Inwiefern seht ihr euch als Aktivistinnen aus unterschiedlichen Generationen?

Mesquita: Von den Ausgangspositionen und Erfahrungen her gehören wir unterschiedlichen Generationen an. Auch unsere politischen Ziele und Strategien sind trotz mancher Ähnlichkeiten unterschiedlich. Ich würde für mich die Kategorie lesbisch nur strategisch verwenden und mich eher

als queer bezeichnen. Lesbisch trifft mein Begehren und auch meine Identität nicht ganz. Gleichzeitig finde ich es aber wichtig auf diesem Begriff zu beharren und ihn immer wieder zu verwenden.

Was denkst du, Helga, zu den Selbstbezeichnungen lesbisch oder queer?

Pankratz: Meine Generation hat diskutiert, ob es vereinbar ist, Feministin zu sein und mit Männern zu „kollaborieren“. Ich war eine „Kollaborateurin“, indem ich mich dem schwulen Verein HOSI Wien angeschlossen habe, in der Absicht, diesen Männerverein zum gemischten Verein zu machen. Fragen und Problemstellungen haben sich aus den Herausforderungen der Zeit ergeben. Mein Coming Out als Zwölfjährige im Jahr 1971 und die Legalisierung der Homosexualität in Österreich fallen zeitlich zusammen. Als mir klar geworden ist, ich bin „eine Warme“, und den Begriff lesbisch kennen gelernt habe, war ich richtig glücklich, dass es dafür einen Namen gibt, was ich bin, was ich fühle und wie ich leben will: Lesbisch. Dazu stehe ich seither ganz und gar positiv.

Als queere Theorie und Politik aufgenommen sind, habe ich das sehr anregend empfunden. Mein Lesbischsein ist die Grundlage, auf der ich am eigenen Leib erfahre, wie gesellschaftliche Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmechanismen funktionieren. Meine weitere Familie oder Community ist sowieso queer. Wofür sich die HOSI Wien zu ihrer Gründungszeit eingesetzt hat, war erstens schwul, zweitens – immer wieder hineinreklamiert und mit viel Kraft durchgesetzt – das Lesbische. Mit der Zeit hat sich die Szene diversifiziert.

Ich finde das gut, wenn sich Gruppen mit gemeinsamen Interessen zusammenfinden und stark machen, um sich dann gemeinsam gegen Unterdrückung und für Gesellschaftsveränderung einzusetzen.

In den vergangenen zehn Jahren sind verstärkt migrantische Selbstorganisationen gegründet worden, wie auch 2001 LesMAus–Lesbian Migrants in Austria. Was waren deine Beweggründe, Sushila, LesMAus beizutreten?

Mesquita: Einerseits war es der Austausch mit Personen, die etwa durch die Staatsbürgerinnenschaft oder Sprache den gleichen privilegierten Status hatten wie ich, aber aufgrund der Alltagsrassismen in der Szene und in der Gesellschaft ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Und dann war es auch der Austausch mit Personen, die migriert sind. Bei LesMAus war ich eine von drei hier geborenen Österreicherinnen und wir drei waren gleichzeitig die einzigen, die nicht weiß waren. Meinen sogenannten Migrationshintergrund setze ich immer wieder strategisch ein. Ich bin zwar hier geboren und aufgewachsen und habe nur eine Muttersprache und die ist Deutsch. Gleichzeitig bin ich mit ähnlichen Alltagsrassismen konfrontiert wie Personen, die tatsächlich migriert sind und bin trotzdem in vielerlei Hinsicht privilegiert. Ganz andere Erfahrungen mitzukriegen war für mich persönlich und politisch sehr wichtig.

Das Gesetz über die Eingetragene Partnerschaft (Anm: EPG) bildet einen Streitpunkt in der queeren Szene. Was ist eure Haltung dazu?

Der VfGH hebt den im Volksgruppengesetz 1976 vorgeschriebenen SlowenInnenanteil von 25% als Voraussetzung für zweisprachige Ortstafeln in Kärnten auf. Bereits in Ortschaften mit 10% zweisprachiger Bevölkerung sollen zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden. Ermöglichte hatte das Urteil der Politiker und Anwalt **Rudi Vouk**, der nach einer Selbstanzeige wegen zu schnellen Fahrens in einem einsprachig geschilderten Ortsgebiet den Instanzenweg bis zum Höchstgericht gegangen war. Wütende Proteste der Kärntner Landesregierung.

Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen tritt in Österreich in Kraft.

Mai: Entschädigungsfondsgesetz tritt in Kraft.

2001

Februar 2001: Antisemitische Äußerungen **Jörg Haiders** im Rahmen seiner Aschermittwoch-Rede in Ried gegen **Ariel Muzicant**, den Präsidenten der IKG Wien. Nach dem Wahlerfolg der FPÖ bei den Nationalratswahlen 1999 ist ein Anstieg antisemitischer Äußerungen zu beobachten.

Juni: In der Nacht vor der Eröffnung der Ausstellung „Aus dem Leben. Die nationalsozialistische Verfolgung der Homosexuellen in Wien 1938 bis 1945“ am Wiener Heldenplatz wird diese Ziel eines Anschlags.

Pankratz: Ich persönlich würde am liebsten die Ehe abschaffen. Auch viele schwule Aktivisten der HOSI Wien sind ehekritisch und keineswegs für sich selbst verpartnerungsbegeistert. Eine langjährige lesbische Aktivistin der HOSI Wien sagte, lange vor Einführung des EPG, pragmatisch: „Lesben und Schwule sollen das gleiche Recht haben, einen Fehler zu begehen wie Heteros auch.“ Auf diese Position kann ich mich verständigen. In der Entstehung des jetzigen Gesetzes ist viel konservativer, antihomosexueller Putsch passiert. Gruppen der LBST-Bewegung sind in der heißen Phase zwischen die Fronten der Parlamentsparteien geraten. Die HOSI Wien hat meiner Beobachtung nach zwischen rot und grün eher zu rot tendiert; und das wird dann als große bewegungsinterne Differenz wahrgenommen. Der pragmatische Konsens in der HOSI Wien heißt: Das EPG ist nicht ideal, aber nach Jahrzehnten des Wartens gab es nun endlich eine parlamentarische Mehrheit dafür. Und reformiert werden muss es sowieso. Aber ich werde nicht müde zu betonen: Österreich hat im europäischen Vergleich ein stark reformbedürftiges Eherecht!

Mesquita: Die Ehe abzuschaffen bzw. zu entprivilegieren wäre auch aus meiner Sicht die beste Lösung. Einerseits bietet das EPG vielen eine bisher fehlende Rechtsicherheit. Gleichzeitig ist es ein schlechtes Gesetz, das den Unterschied zwischen Hetero- und Homopaaren mit lächerlichen Regelungen hervorhebt und beide hierarchisch anordnet. Ich bin nicht sehr optimistisch, dass allzu schnell reformiert wird. Gerade was Adoptionsrecht angeht, bin ich eher skeptisch.

Pankratz: Ich finde es besonders böse, wie das EPG mit dem Familienbegriff

umgeht. Für viele Frauen, die mit Frauen leben, geht das Gesetz an den wahren Bedürfnissen vorbei. Ich kenne junge Lesben, die sich gegen die Verpartnerung entscheiden, gerade weil sie Kinder haben oder haben wollen. Ohne Eintragung können sie ihr Leben mit Kindern besser gestalten als mit.

Mesquita: Ich fände es wichtig, wenn die NGOs, die öffentlich mehr Gehör finden, sich offensiv für die Schaffung von rechtlichen Absicherungsformen für unterschiedliche Konstellationen einsetzen würden.

An welche NGOs denkst du dabei? Geht es dir um Allianzenbildung?

Mesquita: Ja. Bisher geht es hauptsächlich in die andere Richtung. Die Rosa Lila Villa hat etwa ein großes Transparent auf der Fassade: „Perverse gegen Abschiebung“. Aber sie ist öffentlichkeitswirksam nicht so gut aufgestellt wie etwa die HOSI oder SOS-Mitmensch. Es wäre wichtig, diese Forderungen auch von den Organisationen der Mehrheitsangehörigen verstärkt zu hören. Es sollen nicht immer diejenigen, die eine Minderheit in der Minderheit darstellen, sagen müssen: „Hey, kommt mal auf die Idee, über euren Tellerrand zu schauen, fordert mehr!“

Welche sind für euch die Errungenschaften in den vergangenen zwei Jahrzehnten? Und das Scheitern?

Pankratz: Auf der Makroebene hat sich einiges getan: Die Entpathologisierung der Homosexualität hat Mitte der 1990er Jahre stattgefunden, die vollständige Entkriminalisierung erst in den frühen 2000er Jahren. Transgender werden noch immer

medizinisch reglementiert. Das Erreichen von Rechten geht in Österreich besonders langsam voran. Wir sind noch lange nicht emanzipiert.

Seit Anfang der 2000er Jahre gehe ich im Rahmen des HOSI-Projekts Peer Connexion in Schulklassen. Die steigende Nachfrage ist ein Erfolg, auch wenn die Initiative von den „Betroffenen“ kommt. – Aber immerhin ist das Schulsystem so weit, dass wir überwiegend problemlos eingeladen werden können. Allerdings merke ich im Zuge der Diskussionen immer wieder, dass sich seit meiner Jugend nichts Gravierendes geändert hat. Heute zwölfjährige Lesben sind mit den gleichen stereotypen Aussagen konfrontiert wie vor 30 Jahren. Der heteronormative Sozialisationsdruck funktioniert wie eh und je. Dem Mädels wird gesagt: „Du kannst nicht wissen, dass du auf Frauen stehst! Schlaf erst mit einem Burschen und beweise mir, dass dir das nicht gefällt.“ Das war schon vor 30 Jahren ^{Ranz} so. Exakt so. Die heute jungen Menschen haben es nicht automatisch leichter, auch wenn sie leichter an Informationen herankommen.

Mesquita: Es stimmt, dass auf der Makroebene sehr viel passiert ist. Die rechtlichen Entwicklungen haben sich aber wenig niedergeschlagen in einer offen denkenden Gesellschaft, in der heterosexuelle Normen nicht mehr so zentral sind. Es gibt zwar enorme Freiheitsgewinne für viele Lesben und Schwule, aber bei weitem nicht für alle. Wir sind mit neueren Differenzierungen konfrontiert, gerade in der neoliberalen Wirtschaftsordnung, in der bestimmte Faktoren immer wichtiger werden, wie Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Bildung oder der Besitz des richtigen Passes. Wir müssen weitere Aktivismen entwickeln,

Beginn der Projekte im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative **EQUAL**. Bildung von Entwicklungspartnerschaften zur gemeinsamen Entwicklung und Umsetzung von Strategien gegen Diskriminierung und Ungleichheiten am Arbeitsmarkt.

2002

Frühjahr: Eröffnung der überarbeiteten **Wehrmachtausstellung** (erstmalig 1995 in Österreich) in Wien, die das Bild von der „sauberen Wehrmacht“ in Frage stellt.

Aufhebung und Außerkraftsetzung des **§ 209** durch den VfGH. **§ 209** sah bis dahin eine höhere **Mindestaltersgrenze für homosexuelle Handlungen** zwischen Männern vor (18 Jahre statt 14 Jahre wie für heterosexuelle und lesbische Beziehungen).

Die sog. „Integrationsvereinbarung“ tritt in Kraft. Diese sieht u. a. verpflichtende Deutschkurse für Drittstaatsangehörige vor. Bei Nicht-Erfüllung droht die Ausweisung

Ausarbeitung der ersten **antidiskriminatorischen Betriebsvereinbarung** durch die **IM**. Umsetzung u. a. durch die Akademie der bildenden Künste Wien.

2003

Der mauretanische Staatsbürger Seibane Wague stirbt im Zuge eines Polizei- und Rettungseinsatzes im Wiener Stadtpark. Eine private Videoaufzeichnung dokumentiert den Einsatz. Im folgenden Gerichtsverfahren werden acht der zehn Angeklagten freigesprochen, zwei erhalten Freiheitsstrafen auf Bewährung.

um auf diese Veränderungen reagieren zu können. Wir dürfen uns nicht zufrieden geben mit dem, was auf der Makroebene passiert ist. Das wäre bei weitem viel zu wenig für ganz viele.

Wäre es ein Zukunftswunsch, Mehrfachdiskriminierungen verstärkt in den Blick zu nehmen, statt eindimensionale Identitätskämpfe zu führen?

Mesquita: Gesellschaftliche Ein- und Ausschlüsse haben sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren extrem verkompliziert. Ich wünsche mir, dass die Aufgabe, darauf hinzuweisen, nicht immer bei den Minorisierten liegt, sondern dass die Mehrheit ein größeres Bewusstsein für die eigenen Privilegien entwickelt und die Bereitschaft hat, diese einzusetzen, allerdings nicht von der Position der Gönnerin oder Sprecherin für eine Minderheit aus.

Pankratz: Ich würde mir wünschen, dass es nächsten Generationen tatsächlich besser geht, aber das ist nicht abzusehen. Gesellschaftlich, wirtschaftlich und von der ausgebeuteten Natur her wird eher meine Generation schon Verschlechterungen miterleben und spätere Generationen noch mehr. Ich habe ein ausgeprägtes Gefühl der Generativität. Ich werde zwar nie biologisch eigene Kinder haben, aber wo in der Welt ich auch bin: die jeweilige queere Szene ist für mich „daheim“ und „Familie“. Die Generationen vor mir – zum Beispiel Schwule, die im KZ umgekommen sind, empfinde ich als meine Großväter und Väter. Und nach mir folgende Generationen, die nicht hetero sind, empfinde ich in gewisser Weise als Nachkommen. Solange ich lebe steht mein politischer Kampf in dieser historischen Reihe.

Habt ihr Vorbilder für euren politisch-gesellschaftlichen Kampf?

Pankratz: In gewisser Weise bin ich ein *motherless child*. Das gilt für alle aus meiner Generation. Da war der Bruch durch den Nationalsozialismus: Eine blühende Kultur der ersten Schwulen-, Lesben- und Frauenbewegung ist brutal zerstört worden; die Menschen vernichtet, vertrieben oder in den Untergrund getrieben. Das hat nie wieder in dieser Stärke hochkommen können. Auf diesem kaputten Ödland hat die zweite Frauenbewegung und dann die Schwulen- und lesbisch-schwule Bewegung erneut begonnen. Diese erste Generation von Feministinnen empfinde ich persönlich als leicht ältere Schwestern, die Pioniere der Schwulenbewegung als Brüder.

Mesquita: Ich finde Helga sehr inspirierend. Ihre Art, in so vielen Sachen drin zu sein und gleichzeitig keine Hierarchie zu betreiben, das Nebeneinander zuzulassen und versuchen, zusammen zu bringen. Das finde ich extrem wichtig. Ich habe immer nach Vorbildern gesucht, was nicht einfach war durch mein Gender-Wirrwarr und mein Braun-Sein. Ich war hin und hergerissen, da

ich nicht wusste wo ich in vielerlei Hinsicht hingehöre. Da wären Vorbilder vielleicht ganz gut gewesen.

Pankratz: Theoretisch können *role models* im Laufe eines Lebens auch Jüngere für eine Ältere sein.

Abschließend eine Frage in eigener Sache: Was bedeutet für euch die STIMME? Hat die Zeitschrift etwas zu einer lesbisch-queeren Perspektive beigetragen?

Pankratz: Die STIMME ist für mich ein ganz wichtiges Forum für das Interagieren zwischen den Minderheiten. Die STIMME durch Beiträge aus der LBST-Bewegung zu queeren ist eine Freude für mich. Sie würde mir und vielen anderen queeren Aktivist_innen fehlen. Es muss sie geben!

Mesquita: Ich finde die STIMME auch extrem wichtig, weil sie unterschiedliche Minderheitenpositionen versammelt und gleichzeitig versucht, das Gemeinsame zu betonen. Der Gedanke dahinter ist total spannend, wichtig und aktuell, davon sollte es eigentlich mehr geben, mehr Stimmen.



S. Mesquita © An Kaler



H. Pankratz © Doris Hauberger

Asylgesetznovelle: Ausweitung der Möglichkeiten zur Verhängung von Schubhaft, Reduzierung der aufschiebenden Wirkung von Beschwerden, Abschaffung der Möglichkeit im Ausland Asylanträge zu stellen

Durch die Novellierung des österreichischen **Gleichbehandlungsgesetzes** erfolgt eine **Integration der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien**. Ein Verbot der Diskriminierung aus Gründen des **Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, des Alters und der sexuellen Orientierung** wird erstmals im österreichischen Recht implementiert.

Einführung der **persönlichen Assistenz** am Arbeitsplatz für Menschen mit Behinderung.

2004

In Wien wird das **Wahlrecht für Zugewanderte** auf Bezirksebene beschlossen. 2004 wird dieses vom **VfGH** wieder aufgehoben.

Mit der Änderung des **Berufsausbildungsgesetzes** wird die **Teilqualifizierung** und damit die **Integration von Menschen mit Behinderung** in der **Berufsschule** gesetzlich ermöglicht.

Die Ausstellung „**Gastarbeiter**“ der **IM** im **Wien Museum** arbeitet die **Geschichte der 40jährigen Arbeitsmigration** nach Österreich auf. **17.913** BesucherInnen.

Gründung der europäischen Agentur **Frontex** zur **Sicherung der EU-Außengrenzen**. **Frontex** gilt als Ausdruck gemeinsamer europäischer Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge. Bilanz der Abschottung: bis zu **4000 Tote** pro Jahr.

BIST DU GROSSER SÖHNE!

Der äthiopische Langstreckenläufer Haile Menelik Mengistu wurde am 30. Juli 1947 in Harar geboren. Sein Vater war ein Gendarm, seine Mutter Hausfrau. Bereits mit 15 wurde er von einem Athletik-Verein in Dire Dawa entdeckt, von dort aus zog er nach Addis Abeba und anschließend nach Nigeria, wo er 1966 seine erste Afrika-Juniorenmeisterschaft in Leichtathletik (für die 10.000 Meter) bekam. 1967 wurde er von der legendären österreichischen Athletin und Trainerin Herma Bauma entdeckt und nach Südstadt bei Wien eingeladen. 1968 gewann er seine erste Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Mexiko City, 1969 wurde er Weltmeister in Zehntausendmeter-Lauf. In München holte er 1972 für Marathon die Goldmedaille, gewann anschließend mehrere Stadtmarathonläufe (u. a. New York und Paris) und wurde ein weiteres Mal Weltmeister (1975), indem er auch den Weltrekord für 10.000 Meter egalisierte. 1977 zog er sich aus dem Sport zurück.

1980 begann Mengistus Filmkarriere in Österreich. In einem – etwas verspäteten – Heimatfilm spielte er einen afrikanischen Butler, der bei einer Tiroler Adelsfamilie dient. Der Film wurde ein Flop. Mengistu gründete, gemeinsam mit seiner oberösterreichischen Freundin Irma (die er 1986 ehelichte; drei Kinder), eine Versandfirma für traditionelle afrikanische Handkunst. Nach weiteren deutschen und österreichischen Filmen (hauptsächlich fürs Fernsehen), in denen er Nebenrollen als Läufer, Fußballer und Drogendealer spielte, gelang ihm endlich der Durchbruch mit dem Streifen „Othello von Wiener Neustadt“. Dem folgten Filme wie „Der schwarze Herkules“ und „Schwarzes Pech“, in dem er einen alternden Marathonläufer zum Besten gab. 1989 wurde er (durch besonderen Einsatz des damaligen Bürgermeisters Helmut Zilk) eingebürgert und übersiedelte 1992 nach Kärnten. Davor wurde ihm von einer Wiener HTL der Ehrentitel verliehen.

Im vergangenen Mai beschloss Ing. Haile Menelik Mengistu (der inzwischen nur noch als afrikanischer Häuptling in nachgestellten Szenen einiger Universum- oder als Drogenboss in zwei Tatort-Folgen zu sehen war), in die Politik zu gehen. „Ich

will bei den Kärntner Landtagswahlen 2004 für einen Abgeordnetenplatz kandidieren“, gab er der Presse bekannt. Die erste Reaktion kam von der Kärntner Tageszeitung im Juni: „Da hört sich der Spaß auf!“ betitelt das Blatt einen Kommentar, der zwar die sportlichen (weniger allerdings die filmischen) Erfolge des „Afrikaners mit österreichischem Pass“ lobte, aber ihn als Politiker definitiv ablehnte. „In Österreich läuft der Hase anders“, meinte einen Tag später ein Kommentator der Kärntner Krone. Mengistu aber blieb bei seinem Entschluss.

Doch keine der Parteien wollte den Ex-Weltmeister auf die Wahlliste setzen. Daraufhin beschloss er, sein gesamtes Erspartes einzubringen und als Unabhängiger zu kandidieren. Die dafür notwendigen Unterschriften holte er sich von seinen Sports- und FilmkollegInnen, die in Kärnten lebten. Am 15. Oktober 2003, zwei Tage nachdem er seine unabhängige Kandidatur bekanntgegeben hatte, kam er auch auf die Titelseite der Tageszeitung. „Kärnten ist nicht Abessinien!“ prangte da in großen Lettern über einem – zugegebenermaßen unvorteilhaften, weil nach einem Langlauf aufgenommenen – Foto des Kandidaten. Die Krone legte noch ein Schäuferl nach und betitelt ihre Ausgabe vom 18. Oktober mit: „Klagenfurt darf nicht Addis Abeba werden!“ Der Zeitungsbericht listete alle Kriege auf, in die Äthiopien seit der Herrschaft des Kaisers Haile Selassie verwickelt worden war, Bürgerkriege und Militärputsche eingeschlossen. In den darauffolgenden Tagen und Wochen musste Haile Menelik Mengistu, der zweifache Weltmeister in Leichtathletik und Gewinner mehrerer Olympia-Medaillen, viel Unangenehmes über sich in den Zeitungen lesen. Man nannte ihn einen „drittklassigen Possenreißer“, einen „Mohr im Hemd, der Kärnten als seine Desdemona sieht“, einen „schwarzen Peter“, ein „schwarzes Schaf“; sogar seine häufige Besetzung als Drogendealer bzw. -boss wurde immer öfter erwähnt und mit Nebensätzen wie „In allem steckt ein Körnderl Wahrheit!“ versehen. Die Berichte erreichten einen Höhepunkt, als man ihn zweifacher Vergewaltigung sowie mehrfachen Drogenverkaufs bezichtigte

und vorgab, dafür Beweise zu haben. Mengistu zog Ende Oktober seine Kandidatur zurück.

Nur einige Wochen zuvor, ab Ende September, hatten die österreichischen Zeitungen begonnen, über den Gouverneurs-Kandidaten in Kalifornien, den aus der Steiermark stammenden Ex-Bodybuilder und Noch-Schauspieler Arnold Schwarzenegger, zu berichten. Natürlich waren diese Berichte ganz anderer Natur; sie vergötterten Arnie – wie er von seinen Landsleuten auf beiden Seiten des großen Teichs liebevoll genannt wurde –, sie ignorierten seine älteren Grapschaffären und seine angeblichen Interviews mit Hitler-Bewunderungszitaten. Am Vorabend der kalifornischen Wahlen druckte die Krone ein stimmungsvolles Wahlkampffoto von Arnie ab und wünschte ihm in großen Buchstaben viel Glück. Als er dann die Wahlen gewann, gab es ellenlange Berichte im ORF und in allen Tageszeitungen. „Wir können alle auf ihn stolz sein“, befahl sogar sein Du-Freund Thomas Klestil, Bundespräsident Österreichs. Und der weibliche Landeshauptmann der Steiermark sang sogar „Steirer men san very good etc.“ im Fernsehen.

Die Geschichte endet so: Mengistu schreibt an Arnie, den nunmehrigen Gouverneur von Kalifornien, den er von verschiedenen sportlichen Treffen kennt, und schildert ihm seinen unglücklichen Kandidaturversuch. Die Antwort des vom Terminmangel geplagten Terminators ist kurz und bündig: „Dear Mangi, komm doch her und versuch's hier, bald sind Wahlen in Arkansas!“

Alles Blödsinn, frei erfunden? Na ja, wenn die Wirklichkeit sogar dem Wahrscheinlichen zu peinlich wird, muss man eben wahre Geschichten erfinden.

Hakan Gürses

Eine Stadt, in der Lesen Spaß macht.
Wien ist voll dabei.



Unsere Stadt ist als Wirtschaftsmotor Österreichs auf bestens ausgebildete Menschen angewiesen. Umso wichtiger ist es daher, auf Bildung zu setzen und Kinder durch optimale Kindergärten, Schulen und Universitäten bestmöglich zu fördern. Alles über Aus-, Fort- und Weiterbildung in Wien, von Büchereien über Volkshochschulen bis hin zu universitären Einrichtungen, finden Sie unter www.wien.at.

StadT+Wien

ÖSTERREICH – EIN UNHEILBARER PATIENT?

Peter Schwarz

Die vergangenen 20 Jahre bewusst Revue passieren zu lassen ist ein schwieriges und von ambivalenten Gefühlen begleitetes Unterfangen. Das ist fast so, wie wenn man meint gesund zu sein und zur Gesundenuntersuchung geht. Mir geht es nicht schlecht. Ob das immer noch so sein wird, wenn ich diesen Text zu Ende geschrieben habe?

Im folgenden Beitrag unternehme ich den Versuch, mein politisches Erleben in den vergangenen zwei Jahrzehnten, das von einigen großen Frustrationen, aber auch von Hoffnungen gezeichnet war, in Worte zu fassen.

Ich bin einerseits durch meinen Vater, der als Jude aus Wien vertrieben wurde, geprägt. Gleichzeitig hat die Geschichte meiner Mutter, die gemeinsam mit meiner Großmutter im österreichischen Widerstand aktiv war, von der Gestapo entdeckt wurde und die volle Wucht des NS-Regimes zu spüren bekam, meinen Blick und meine Sensibilität für Minderheitenpolitik geschärft.

Vor 20 Jahren regierte eine SPÖ/ÖVP-Koalition das Land. Österreich litt (oder gesundete?) noch immer unter den Folgen der Waldheimaffäre. Die Person Kurt Waldheim hatte eine wichtige Funktion in der Aufarbeitung der Österreichischen NS- und

Nachkriegsgeschichte. Er polarisierte und machte den schwierigen Umgang Österreichs mit seiner Vergangenheit deutlich. Wir konnten feststellen, in welche Lager sich das Land teilt, wenn es um die Themen ging, die unsere Elterngeneration betrafen. Ich meine damit nicht einen Zerfall in die „Guten“ und „Bösen“. So einfach ist das leider nicht. Auch manche anständigen Menschen verstanden nicht immer, was uns so empörte. Und wir, die wir meinten, dass nicht Waldheim, sondern die WiderstandskämpferInnen ihre Pflicht erfüllt haben, verstanden unser Österreich nicht.

Vor genau 20 Jahren, im Jahr 1991, erlebten wir eine Steigerung der Tabubrüche. Jörg Haider strapazierte die „ordentliche Beschäftigungspolitik“, was seinem politischen Leben nur einen kleinen Rückschlag versetzte. Im selben Jahr anerkannte Franz Vranitzky in bis dahin nie da gewesener Deutlichkeit die Verantwortung von ÖsterreicherInnen am NS-Regime, an NS-Verbrechen und am damit über viele Menschen gebrachten Leid. In der Folge wurde der Nationalfonds der Republik Österreich zur Entschädigung von NS-Opfern gegründet. Auch die Gründung des Psychosozialen Zentrums ESRA, das NS-Überlebende und deren Nachkommen betreut und behandelt, fällt in diese Jahre. Nicht nur, weil ich beruflich mit ESRA eng verbunden bin, sehe ich die Unterstützung der Stadt Wien zur Gründung und zum fortlaufenden Betrieb von ESRA als sehr wesentlich an. Damit wurde den hier lebenden Opfern der NS-Verfolgung

erstmals signalisiert, dass sich die österreichische Gesellschaft für die Folgen der NS-Verfolgung, für die Menschen, die darunter litten, verantwortlich fühlt. Diese Hilfe für NS-Überlebende sowie für hier lebende Jüdinnen und Juden allgemein, darf nicht unterschätzt werden. Damit wurde ein wichtiger Beitrag geleistet, um der jüdischen Gemeinde ein bisher bescheidenes, in Zukunft vielleicht bedeutenderes, Wachstum zu ermöglichen.

In diesen Jahren formierte sich auch „das andere Österreich“: der Republikanische Club, die *Initiative Minderheiten* oder auch die starke Stimme der „Grünen“ zu Minderheits- und Menschenrechtsfragen. Engagierte parteifreie Personen und KünstlerInnen meldeten sich zu Wort. Ich empfand diese Zeit auch als einen gewissen Aufbruch.

Nach einem traurigen Dasein, das die jüdische Gemeinde Wiens in den Nachkriegsjahrzehnten fristete, fand sie zu immer mehr Selbstvertrauen. Eine energische Gemeindeleitung konfrontierte die Republik und die Länder mit berechtigten Forderungen. So sehr jedoch wichtige PolitikerInnen das „andere Österreich“ repräsentierten, durch und durch antifaschistisch waren, so wenig wollten viele von der Rückgabe von geraubtem Gut, von Unternehmen, Immobilien oder Kunstwerken wissen. Es schmerzt wohl doch, geraubte Werte wieder herzugeben – auch wenn man nicht selbst geraubt hat. Es gab aber auch PolitikerInnen, die Verantwortung gegenüber einzelnen Opfern

Fremdenrechtspaket 2005 führt zu einer massiven **Illegalisierung**. Das absolute Ausweisungsverbot für im Inland aufgewachsene Personen wird abgeschafft. Schubhaftbefugnisse werden ausgebaut (maximale Haftdauer von 10 Monaten und die Möglichkeit zur Zwangsernährung).

Vor dem Hintergrund der Aufnahme der **EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei** sowie als Folgewirkung von **9/11** verstärken sich Mitte der 2000er Jahre **islamophobe Tendenzen** im öffentlichen Diskurs.

20. September: Tod von **Simon Wiesenthal**. Gründung des **Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaustforschung**.

2005

Behindertengleichstellungspaket wird beschlossen: Dieses beinhaltet u. a. die verfassungsrechtliche Anerkennung der Österreichischen Gebärdensprache. Das Behindertengleichstellungsgesetz erlaubt lediglich die Feststellung einer Diskriminierung, nicht jedoch deren Beseitigung.

26. Oktober: Eröffnung der Ausstellung **„geheim:sache leben – Schwule und Lesben im Wien des 20. Jahrhunderts“** in Wien

Aufnahme von aufgrund der **sexuellen Orientierung** verfolgten NS-Opfern in das **Opferfürsorgegesetz**.

und der Kultusgemeinde übernahmen. Sie verstanden, dass das Schrumpfen und Verschwinden der Jüdischen Gemeinde Wiens sowie der kleineren Gemeinden in den Bundesländern einen Verlust für Österreich bedeuten würde.

In den vergangenen 20 Jahren schuf die Jüdische Gemeinde eine moderne, auf Wachstum ausgelegte, Infrastruktur. Es war spürbar: Die Koffer, auf denen man saß, wurden ausgepackt. Die Unterstützung der öffentlichen Hand war und ist bedeutend und hoffentlich mehr auf Verantwortungsbewusstsein als auf schlechtem Gewissen gebaut.

Nochmals einen Schritt zurück: 2000 wurde eine ÖVP-FPÖ-Regierung mit Haider im Hintergrund gebildet. Dies ist ein einprägsames Ereignis für mich und viele meiner Freunde. Es ist schwer zu beschreiben, was wir damals – bei diesem neuerlichen Tabubruch – empfunden haben. Viele von uns hatten die Erzählungen unserer Eltern noch gut in Erinnerung. Schilderungen der Jahre, als die Nazis in Deutschland und später in Österreich immer mehr an Bedeutung gewannen und schlussendlich herrschten. Ich dachte nie, dass wir physisch bedroht wären, auch nicht, dass Österreichs Demokratie ernsthaft in Gefahr war. Bis dahin lebten wir im Bewusstsein eines doch in weiteren Kreisen herrschenden antifaschistischen Konsenses. Dieser schien nun ins Wanken zu geraten. Illusionen schwanden und schwinden zunehmend. Man muss erkennen, dass fast keine Koalitionsform unter den heute vorhandenen politischen Parteien undenkbar ist.

Aufgrund der FPÖ-Beteiligung an der Regierung regte sich Unmut und Ratlosigkeit in der EU. Das Ausland musste beruhigt werden und so entstand in dieser Zeit auch Erstaunliches: Der Allgemeine

Entschädigungsfonds. Nun wurden wirtschaftliche Schäden der NS-Opfer nicht nur pauschal, sondern auch konkret, auf Basis des nachweisbaren Verlustes, entschädigt. Mühsame und langwierige Verfahren mussten die „AntragstellerInnen“ eingehen. Dass die berechneten Prozentsätze, die erst in den letzten Jahren als Entschädigung überwiesen wurden, in den meisten Fällen nicht über ein gestenhaftes Maß hinausgingen, war vorherzusehen, für viele aber dann doch enttäuschend. In dieser Zeit erhielt meine Mutter nach mehr als 60 Jahren 162,50 Euro als Haftentschädigung für drei Monate Gestapohaft. Manchen hat es wohl geholfen, einen menschenwürdigen Lebensabend zu bestreiten.

In dieser Zeitspanne von 20 Jahren wurden AusländerInnen und MigrantInnen zur Gefahr hochstilisiert. Je mehr Europa zusammenwächst, desto mehr bauen wir unsere Wagenburg aus. Fremdenrechtsnovelle folgt auf Fremdenrechtsnovelle, Drogenrazzia auf Drogenrazzia. Mittlerweile haben wir wohl alle verstanden: Die „Anderen“ sind gefährlich. Wir brauchen Gesetze, die uns vor „den Anderen“ schützen. Und diese Gesetze müssen konsequent umgesetzt werden. Wo kommen wir hin, wenn ein junges Mädchen mit „Rehaugen“ in die Kamera blickt, vielleicht sogar gut Deutsch spricht und hier in die Schule geht – und dann auch noch hier bleiben will! Da hilft nichts: Gesetze sind zum Umsetzen da. Lieber *wegweisen*, als *den Weg zu weisen*, der in die Mitte unserer Gesellschaft führt.

In Kärnten gibt es endlich eine Ortstafellösung. Sie entspricht nicht ganz dem Staatsvertrag und kommt auch viele Jahre zu spät. Aber endlich eine Lösung. Damit sie Wirklichkeit wird, muss jetzt nur noch die Mehrheit über die Minderheit

abstimmen. Über welche Minderheit wird als nächstes abgestimmt?

Wir haben einen 3. Nationalratspräsidenten, der aus seiner Gesinnung kein Hehl macht. Heinz-Christian Strache hat Jörg Haider erfolgreich politisch beerbt, was ich nie für möglich gehalten hatte. Wir haben eine große Koalition, die es nicht schafft, eine Gegenposition zur Rechten aufzubauen.

Trotz vieler kluger, engagierter Menschen ist die Situation in Österreich trist. Der Trend deutet nicht in eine positive Richtung. Man gewinnt vielmehr das Gefühl, dass sich der Boden unter den Füßen bewegt und irgendwann auch ins Rutschen geraten könnte.

Jetzt habe ich auch meinen Termin bei der Gesundenuntersuchung abgesagt. Besser, man weiß nicht, wie krank man ist!

Die starke STIMME der *Initiative Minderheiten* kann zwar nicht die angesprochenen Probleme lösen, ist aber notwendiger denn je!



P. Schwarz © Parlamentsdirektion/
Bildagentur Zolles/Mike Ranz

Peter Schwarz
ist Vorstandsmitglied der Initiative
Minderheiten und Geschäftsführer des
Psychosozialen Zentrums ESRA.

Die 2003 verabschiedete EU-Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung für langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige wird umgesetzt; ihr Rechtsstatus wird jenem von EU-BürgerInnen teilweise angeglichen, Unterschiede nach Staatsbürgerschaft bleiben. In Folge wird in Österreich der Gemeindebau für diese Gruppe geöffnet sowie das passive Betriebswahlrecht für Drittstaatsangehörige eingeführt.

2006

20. November: In Wien findet erstmals der **International Transgender Day of Remembrance** statt. Dabei soll Trans als geschlechtliche und geschlechterüberschreitende Lebensweise sichtbar gemacht, gefeiert sowie ermordeten Transmenschen gedacht werden.

Beschluss eines **Behindertengleichstellungs-Begleitgesetzes**, mit dem diskriminierende Berufszugangsschranken beseitigt werden sollen. Der Begriff der „**körperlichen und geistigen Eignung**“ wird aus den Berufsgesetzen gestrichen. Nunmehr haben auch Menschen mit Behinderung Zugang zum Lehrer- oder Richteramt.

2007

Die 15-jährige **Arigona Zogaj** taucht vor ihrer Abschiebung in den **Kosovo** unter und lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit für einen kurzen Augenblick auf die in verstärktem Maße stattfindenden Abschiebungen. **Arigona** wird zur **Symbolfigur** für ein unmenschliches Abschiebesystem.

ARIGONA DREAM

Im Badener Lehrstück vom Einverständnis Bertolt Brechts gibt es eine Episode, die „Untersuchungen, ob der Mensch dem Menschen hilft“ betitelt ist. Darin wird unter anderem eine Clownszene als „Hilfe-Fall“ hinterfragt: Zwei Clowns drangsalieren einen dritten, Herr Schmitt genannt, indem sie ihm Unwohlsein suggerieren und anschließend als Hilfeleistung ein Organ nach dem anderen amputieren – damit er sich wieder wohl fühle. Am Ende liegt er, in seine Einzelteile zerlegt, mit dem Rücken auf einem Stein und beklagt sich; einer seiner Peiniger sagt darauf: „Ja, Herr Schmitt, alles können Sie nicht haben.“

Über den „Fall Arigona Zogaj“ wurde in den letzten Wochen eine ganze Menge gesagt und geschrieben. Es gab zwar einige KommentatorInnen, die befanden, das Ganze sei mit Betroffenheitsrhetorik, aufgebrauchten Nachbarn und Mitschülerinnen, schützendem Pfarrer und allem als ein „Akt der Gnade“ gehandhabt worden. Andere wiederum kritisierten das mediale Ausschlachten des Einzelfalles: „Wenn sogar schon das Kleinformat mitmacht, na dann gute Nacht!“ Der Grundtenor lautete jedoch, man müsse den „Fall Arigona“ als ein Symbol betrachten: als Symbol für eine falsche Asylpolitik, die gewissenlose Umsetzung von Gesetzen, eine unmenschliche bürokratische „Aufgabenerfüllungsmaschinerie“. Aber auch Symbol für ein „anderes“, menschliches Österreich, das imstande ist, unmenschliche Gesetze durch zivilen Ungehorsam und steten Druck auf die Regierung zumindest öffentlich in Frage zu stellen. Tausende Menchen gingen für ein „menschliches Österreich“ auf die Straße. SchriftstellerInnen, SchauspielerInnen und (Oppositions-)PolitikerInnen überboten sich darin, die Öffentlichkeit zu informieren, sie hätten oder würden illegalisierte Einwanderer und Einwanderinnen bei sich zu Hause verstecken. Der „Fall Arigona“ wurde – wie einst das „Lichtermeer“ – zu einer symbolhaften Demonstration zivilgesellschaftlicher Macht, des Lagers von Eigenverantwortung, Menschlichkeit und Gewissen.

Ohne jeden Sarkasmus: Ich halte das sichtbar gewordene Engagement vieler Österreicherinnen und Österreicher für

begrüßenswert – allerdings mit einigem Vorbehalt. Zum ersten teile ich die erwähnte Kritik mancher KommentatorInnen: Warum bedarf es immer eines medial zur Schau gestellten Einzelfalles, der Personifizierung des Unrechts am – fotogenen – Gesicht eines „unschuldigen Menschen“ (vorwiegend eines Kindes), damit das Unrecht auch die hinteren Winkel des Gewissens erreicht und zum Abschütteln der sonstigen Lethargie führt? Beschlich Sie beim Betrachten des unsäglichen „Amateur-Videos“ im Fernsehen oder der Schlagzeilen und Bilder in den Tageszeitungen nicht manchmal auch das Gefühl, dass der „Fall Arigona“ als aufenthaltsrechtliches Pendant zum „Fall Kampusch“ inszeniert wurde? Mit demselben Ziel, beim Publikum jene emotionale Mischung aus Neugier, Interesse, Empathie, aber auch Voyeurismus und verschiedensten Projektionen zu wecken, die in solchen Fällen leicht zu erzielen ist?

Zweitens fällt mir auf, dass gleichermaßen bei jedem bedingungslos Engagierten und jeder Skeptisch-kritischen zwar das Wort Gnade in Unnade fiel, während das Wort Menschlichkeit einen reißenden Absatz fand. Gemeint war sicher das Gegenteil von der „unmenschlichen“ Haltung, die (wieder ein Symbol!) in der Einstellung des Innenministers festgemacht wurde. Abgesehen von der hier schwer zu diskutierenden Frage, was das Wortpaar menschlich/unmenschlich bedeutet und wer etwas als menschlich oder unmenschlich zu definieren befugt ist – können Recht auf Asyl und Recht für ein Leben in Menschenwürde und in Unversehrtheit von der Wahrnehmung und dem Empfinden einer Teilöffentlichkeit abhängen, dass in einigen Fällen die Behörde unmenschlich gehandelt habe? Warum gibt es dann ein völkerrechtliches Regelwerk wie die Genfer Flüchtlingskonvention? Warum die verschiedenen Menschenrechtskonventionen? Oder: War etwa der zeitgleiche Fall des „afrikanischen Asylwerbers“, der sich auf offener Straße den Bauch aufschlitzte, weil er Angst vor seiner Abschiebung hatte, kein unmenschlicher Fall? Wieso wissen wir dann aus den Medien nicht einmal seinen Namen? Kurz: Kann der seidene Faden des menschlich motivierten Engagements das Recht auf Menschenwürde ersetzen?

Drittens wurde die „bereits vollzogene Integration“ der Familie Zogaj oft als ein positives Argument gegen ihre Abschiebung angeführt (es steht nun auch im Kriterienkatalog, der jüngst vom Verfassungsgerichtshof aufgestellt wurde).

Ich bin auch der Meinung, dass es eine Gewalt darstellt, Menschen aus einem Land abzuschieben, die ihren Lebensmittelpunkt bereits in jenem Land eingerichtet haben. Wer aber bestimmt, ab wann eine Person oder gar eine Familie „bereits integriert“ ist? Stellt es umgekehrt keine Gewalt dar (und darüber hinaus: einen Akt der Willkür), das Recht auf Aufenthalt an einen so einseitig definierten vagen Begriff wie „Integration“ zu binden und dies zudem von ImmigrantInnen zu verlangen? (Ich rede gar nicht vom Asylrecht – denn darin hat das Wort „Integration“ nichts verloren.)

Ich komme zu meinem letzten Vorbehalt: Hilfe. Alle, die sich zum „Fall Arigona“ geäußert haben, sprachen von der Notwendigkeit, zu helfen. Hilfe ist ein Wort, das immer dann auftaucht, wenn Recht versagt. Wo von Hilfe die Rede ist, kann auch Menschlichkeit nicht weit sein. Aber ist es wirklich immer „menschlich“, anderen zu helfen? Was bewirkt Hilfe? Was ist ihr Preis? Oder wiederholen wir die Frage vom Badener Lehrstück: Hilft der Mensch dem Menschen wirklich?

Brechts Untersuchung endet mit den Worten: „Hilfe und Gewalt geben ein Ganzes / Und das Ganze muss verändert werden.“ Die beste und wohl „menschlichste“ Gesellschaft wäre nicht eine, in der manche anderen helfen, sondern jene, in der kein Mensch mehr auf Hilfe angewiesen ist.

Hakan Gürses



INFORMATION. KONTAKT. UMFASSEND.

- Über die Arbeit der Bundesregierung
- Alles zum Thema Europäische Union
- Unterstützung und Beratung bei Amtswegen

Anrufen

Servicetelefon 0800 222 666
Montag bis Freitag 8-18 Uhr (gebührenfrei)

Schreiben

Bundeskanzleramt, Bürgerinnen- und Bürgerservice
Ballhausplatz 1, 1014 Wien
Fax: +43 1 531 15-4274
E-Mail: service@bka.gv.at

Hingehen

Servicezentrum HELP.gv.at
Informationen, Beratung und Unterstützung
zu E-Government und Bürgerkarte
Montag bis Freitag 9-17 Uhr
Ballhausplatz 1 (Eingang Schauflergasse), 1014 Wien

bundeskanzleramt.at

KONSEQUENZ IM SOZIALSTAAT

Erwin Riess

Die österreichische Bundesregierung und Länder führten 2011 den seit 1945 schwersten Schlag gegen die behinderten Menschen. Die Errungenschaften der autonomen Behindertenbewegung in ihrem fünfundzwanzig Jahre währenden Kampf wurden mit einem Sparpaket und Dutzenden Streichungen bei behinderten Menschen ausgehöhlt. Die Behindertensprecher der Regierungsparteien trugen diese Politik offensiv mit.

„Die Freiwillige Feuerwehr Bad Ischl meldet einen tragischen Unfall“, sagte der Dozent zu Groll und las weiter. „In einer verzweifelten Suchaktion in Bad Ischl haben Einsatzkräfte versucht, eine Pensionistin aus der Traun zu retten. Die 80-jährige Frau war abends auf der Verlängerung des Traunkais in Bad Ischl unterwegs. Dabei kam sie vom Weg ab und stürzte mit ihrem Elektrorollstuhl über eine Böschung in den Fluss. Passanten alarmierten die Einsatzkräfte, die auch eine Suchhundestaffel einsetzte. Auf insgesamt drei Brücken bauten die Einsatzkräfte Beleuchtungen auf, um besser nach der Vermissten suchen zu können. Schließlich entdeckte ein Fußgänger vom gegenüberliegenden Ufer aus den untergegangenen Rollstuhl. Rund einen Kilometer von der Unfallstelle entfernt wurde die Pensionistin

schließlich gefunden. Die Hilfe kam zu spät. Die gehbehinderte Frau hatte in dem eiskalten Wasser keine Chance.“

Die beiden Freunde saßen beim Donaupiraten an der Korneuburger Fähre. Während Groll den regen Schiffsverkehr betrachtete, blätterte der Dozent in seinem Zeitungsarchiv.

„Hier! Auch eine Meldung, die Sie interessieren wird“, meinte der Dozent. „In einer Chronikmeldung heißt es: ‚Ein 40-Jähriger gehbehinderter Mann ist in der Nacht auf Samstag in Linz beobachtet worden, wie er mehrere Zeitungskassen aufgebrochen hat. Er versuchte noch vor der Polizei zu flüchten, konnte aber wenig später geschnappt werden.“

Groll wandte sich dem Dozent zu. Mit einem Kopfnicken forderte er ihn auf weiterzulesen.

„Passanten beobachteten den Mann“, fuhr der Dozent fort „und alarmierten die Polizei. Mit einer 30 Zentimeter langen Säge, die er in seinem Rollstuhl verstaut hatte, zog der Linzer gegen 1.00 Uhr im Bereich der Kärntnerstraße von Zeitungsständer zu Zeitungsständer. Mit wenigen Handgriffen schnitt er die Kassen von den Ständern und kassierte das Kleingeld.“

Der Dozent nahm einen Schluck vom Espresso. Zwischen Korneuburg und Passau gebe es keinen besseren, hatte Groll erklärt. Seit der Gastronom „Wido“ das Buffet übernommen habe, könne man jeden Tag berühmte Köche an der Donau erleben, die sich Ezzes für ihre Arbeit holten. Die Herren Petz, Nickol und

Reitbauer kämen regelmäßig, Reinhard Gerer, der seit kurzem am Bisamberg koche, sei Stammgast. Manchmal erscheine er in Frauenkleidern um nicht aufzufallen, hatte Groll dem Dozenten unter dem Mantel der Verschwiegenheit erzählt. Am liebsten trage Gerer ein Wachauer Dirndl mit viel Beinfreiheit.

„Was geschah mit dem Mann in Linz?“ fragte Groll.

„Der Rollstuhlfahrer flüchtete“, sagte der Dozent und las: „Obwohl er wusste, dass ihm die Polizei auf den Fersen war, setzte er seine Einbruchstour im Bereich des Hauptbahnhofs fort. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes setzten dem kriminellen Treiben um 1.30 Uhr ein Ende.“ Und hier, eine weitere Geschichte: „Graz, 28. April. In einer Wohnung in Graz-Liebenau ist Mittwochabend ein querschnittgelähmter Mann in seinem Bett verbrannt. Das Feuer wurde vermutlich durch eine Zigarette ausgelöst. Der Brand im zweiten Stock des Mehrparteienhauses in Graz-Liebenau wurde kurz nach 19.30 Uhr von einer Nachbarin bemerkt. Die Frau alarmierte sofort die Schwester des 52 Jahre alten, gelähmten Mannes und versuchte gemeinsam mit ihr mittels Handfeuerlöschers und Gartenschlauchs das Feuer einzudämmen. Die Löschversuche blieben jedoch erfolglos.“

Groll nickte stumm.

„Nicht mehr zu retten war ein 39-jähriger Rollstuhlfahrer ins Ansfelden“, fuhr der Dozent, laut lesend, fort „dessen elektrischer Rollstuhl in Brand geraten war. Der

Asylwerbern wird die Möglichkeit genommen, Bescheide vor dem Verwaltungsgerichtshof zu bekämpfen. Der Unabhängige Bundesasylsenat wird in einen „Asylgerichtshof“ umgewandelt: kein Anspruch mehr auf rechtliche Vertretung oder auch nur Rechtsberatung. Signifikanter Rückgang der Anerkennungsquoten.

Juni: Vorarlberg setzt europaweit das erste Moschee- und Minarettbauverbot durch. Kärnten beschließt im Dezember ein ähnliches Verbot.

2008

Österreich ratifiziert das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Weiterhin großer Handlungsbedarf zur Realisierung der Inhalte und Ziele der UN-Konvention.

Mann befand sich im Wintergarten seiner Wohnung, als ihm eine Zigarette hinuntergefallen sein dürfte, so ein Ermittler. Die Mutter des 39-Jährigen, die im benachbarten Haus wohnt, hörte die Schreie und entdeckte ihren Sohn lichterloh brennend. Sofort versuchte sie, die Flammen mit nassen Handtüchern einzudämmen. Dabei verbrannte sie sich die Hände schwer. Der Rollstuhlfahrer konnte von der Feuerwehr zwar noch lebend geborgen werden, in den frühen Morgenstunden verloren die Ärzte im Linzer Unfallkrankenhaus aber den Kampf um das Leben des Mannes.“

Wieder nickt Groll. Und wieder las der Dozent weiter.

„Ebenfalls eine Meldung aus dem April! Eine Bande von Rauschgiftschmugglern setzte für ihre Überstellungsfahrten ausschließlich behinderte Menschen ein. Behinderte lenkten präparierte Fahrzeuge durch halb Europa, in denen Hunderte Kilo Rauschgift versteckt waren. In einer konzentrierten Aktion gelang es Fahndern in mehreren europäischen Staaten, darunter Österreich, Deutschland, Slowenien und Ungarn, große Mengen von Rauschgift sicherzustellen. Die behinderten Boten wurden festgenommen, die Kurierfahrzeuge beschlagnahmt. Behinderte Kraftfahrer werden seither immer wieder von Fahnderteams angehalten und deren PKW's durchsucht.“

Der Dozent legte die Zeitungsausschnitte beiseite.

„Das Klischee vom behinderten Menschen, der sich mit dem Bösen verbündet, um sich für seine Behinderung an der Welt zu rächen, lebt wieder auf.“

„Das mag sein“, erwiderte Groll. „Ich weise Sie aber daraufhin, dass alle Berichtsfälle eine Sache gemeinsam haben, insofern sind die behinderten Menschen,

von denen berichtet wird, alle auf der Höhe der Zeit.“

„Wie darf ich das verstehen?“ fragte der Dozent und nippte vom Kaffee. Groll setzte sich im Rollstuhl zurecht und verschränkte die Arme vor der Brust. „Ganz einfach. Sie zogen die Konsequenzen aus dem Sparpaket der Bundesregierung, das behinderte Menschen vielfach trifft – Verschlechterungen beim Pflegegeld, keine Zuschüsse für behindertengerechte PKW's, Aufhebung des Kündigungsschutzes, Aussetzung der Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude, Streichungen bei persönlicher Assistenz und – vor allem in Oberösterreich – bei der Arbeitsassistenz, dafür werden in der Steiermark nahezu alle Unterstützungen für Schwerstbehinderte aufgelassen. In Summe stehen einige Tausend behinderte Menschen, die bis jetzt mehr schlecht als recht auf freier Wildbahn überlebten, vor der Frage: Selbstmord oder Heim. Wobei die zweite Lösung ebenfalls auf einen Suizid hinausläuft, zumindest auf einen sozialen. Bundesregierung und Länder führten den seit 1945 schwersten Schlag gegen die behinderten Menschen, was die autonome Behindertenbewegung in einer fünfundsiebzig Jahre währendem Kampf erreicht hat, wurde mit einem Sparpaket und Dutzenden Streichungen bei behinderten Menschen ausgelöscht. Es ist nur eine häßliche Fußnote, dass die Behindertensprecher der Regierungsparteien die Schweinerei auch noch offensiv mittrugen, katastrophal war des Weiteren, dass auch die Grünen sich in äußerster Zurückhaltung übten. Die alte Dame, die sich in die Traun kippte; die Männer, die sich in Graz und Ansfelden selbst anzündeten wie die verzweifelte Arbeitslosen in Tunesien und Ägypten; der Linzer Rollstuhlfahrer, der durch Einbruchsdiebstahl und diejenige,

die durch Rauschgiftschmuggel die Einsparungen wettzumachen versuchen – sie alle sind auf der Höhe der Zeit und reagieren auf die Sozialpolitik der Regierung, die unter Unsozialminister Hundstorfer eugenische Züge annimmt. In den kommenden Monaten und Jahren werden wir noch etliche Geschichten dieser Art zu hören bekommen.“

Er kenne Grolls Hang zum Sarkasmus, erwiderte der Dozent. In diesem Fall sei Grolls Bemerkung aber an der Grenze zur Geschmacklosigkeit angesiedelt.

Groll antwortete nicht. Er beobachtete eine muskulöse Frau im Dirndl, die sich mit einer Burenwurst und einem Berg Pfefferoni an den Nebentisch gesetzt hatte. Die Beine der Frau waren stark behaart. Wido, der Wirt, brachte der Dame einen doppelten Slivowitz.



E. Riess © Kosmos Theater, Bregenz

Erwin Riess

ist Schriftsteller, langjähriger Aktivist in der Behindertenbewegung und Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten.

Dritter Nationalratspräsident **Martin Graf** (FP), „Alter Herr“ der rechtsextremen Burschenschaft Olympia, bezeichnet **Ariel Muzicant** als „Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus“. Graf, bleibt trotz einer Reihe von Rücktrittsforderungen im Amt.

Das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz hebt die „NS-Unrechtsurteile“ auf Rehabilitation homosexueller NS-Opfer. Unberücksichtigt bleiben Gerichtsurteile, die aufgrund der Strafbarkeit von Homosexualität in Österreich in der Zeit vor 1938 und nach 1945 bis 1971 gefällt wurden.

2009

Eröffnung des neuen **Campus der Israelitischen Kultusgemeinde** in Wien. Der Standort geht auf die ehemaligen Anlagen des jüdischen Sportvereins **Hakoah** zurück, der unter der NS-Herrschaft enteignet wurde.

DAS ENDE DER ILLUSIONEN

Gerhard Baumgartner

Wenn die österreichischen Sprachminderheiten nach 1989 gehofft hatten, dass durch die demokratische Wende in den mittel- und osteuropäischen Staaten, auch eine Liberalisierung und Demokratisierung der Minderheitenpolitik eintreten könnte, so wurden sie bitter enttäuscht. Die Öffnung der jahrzehntelang „toten“ Grenzen führte zwar langfristig zu einem gesteigerten Interesse für die Minderheitensprachen, aber keineswegs zu einer Liberalisierung der österreichischen Minderheitenpolitik.

Bestimmend für die österreichische Minderheitenpolitik der frühen 1990er Jahre wurden in erster Linie die Vorbereitungen Österreichs auf einen Beitritt zur Europäischen Union 1995 und die Machtübernahme durch konservative und meist national betonte Regierungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Die Hoffnung, dass die Fürsprache einer nun befreundeten slowenischen Regierung in Wien auf mehr Gehör stoßen werde, trug 1989 wesentlich zur Beschickung des Volks-

gruppenbeirates durch die slowenischen Organisationen bei. Und die Verlagerung der politischen Unterstützung der Republik Ungarn von den burgenländischen Ungarn auf die ungarischen Vereine in Wien – meist Flüchtlinge der Jahre 1945, 1948 und 1956 – führte 1992 zur Anerkennung der Wiener Ungarn als Teil der ungarischen Volksgruppe. Im gleichen Jahr wurde als Reaktion auf die Loslösung der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Staatsverband ein eigener Volksgruppenbeirat für die slowakische Volksgruppe in Wien geschaffen. Auch die – selbst für Experten überraschend schnelle – Anerkennung der Roma als österreichische Volksgruppe 1993 wurde durch internationale Zusammenhänge wesentlich erleichtert. Österreich war zu diesem Zeitpunkt vor allem bestrebt, sich nach der Waldheimdebatte in der Frage der Anerkennung einer im Holocaust fast völlig ausgelöschten Minderheit keine neuerliche Blöße zu geben. Auch wollte Österreich sein durch sein Engagement für die Durchsetzung von Minderheitenschutzbestimmungen innerhalb der KSZE gewonnene Image nicht gleich wieder verspielen.

Der jahrzehntelangen relativ konfliktfreier Koexistenz von Mehrheit und Minderheiten in Österreich aber stand die lebensbedrohende Radikalisierung der Minderheitenfrage in Österreich durch die Bombenattentate der Jahre 1994 und 1995 gegenüber. Auf die zweisprachige Schule in Klagenfurt wurde 1994 ein Bombenanschlag verübt und zahlreiche Minderheitenaktivisten erhielten Briefbomben zugesandt. Am 4. Februar 1995 fielen in der burgenländischen Kleinstadt Oberwart vier Roma einem rassistisch motivierten Bombenanschlag zum Opfer. Deutlicher als alle verbalen Entgleisungen und euphemistischen Umdeutungen des Nationalsozialismus symbolisierten diese Attentate die Aufkündigung eines antifaschistischen und antirassistischen Grundkonsenses, der seit 1945 zu den Eckpfeilern der politischen Kultur der Zweiten Republik gehört hatte. Das Bombenattentat von Oberwart brachte jedoch vor allem für die Volksgruppe der Roma eine bedeutende Veränderung. Nach Jahrhunderten der Drangsalierung und Verfolgung durch staatliche Behörden solidarisierte sich erstmals die Republik

mit den Verfolgten, stellte sich auf die Seite der Opfer und verurteilte einhellig das Attentat. Das Bombenattentat mit seinen vier Todesopfern wurde so zum Auslöser eines positiven Gesinnungswandels in breiten Teilen der Öffentlichkeit.

Wenn wir die aktuellen Paradigmen der österreichischen Minderheitenpolitik zusammenfassen wollen, müssen wir konstatieren, dass der Versuch, die österreichische Minderheitenpolitik mit Hilfe des Volksgruppengesetzes von 1976 zu entschärfen, heute als weitgehend gescheitert betrachtet werden muss. Viele Beiräte waren und sind über lange Jahre nicht aktiv. Als vorbildliches Instrument einer Konsens- und Dialogpolitik mit der Bundesregierung konzipiert, blieben die Beiräte bis heute aufgrund ihrer fehlenden Kompetenzen reine Debattierunden, deren Mitglieder im Laufe der Jahrzehnte wiederholt zerknirscht feststellen mussten, wie Recht Kurt Tucholsky doch hatte, als er feststellte, „dass ein kaiserlicher Rat dem Kaiser nichts zu raten hat!“ Zu mehr oder minder reinen Verteilungsinstrumenten willkürlich festgesetzter staatlichen Förderungszahlungen degradiert, erscheinen sie zunehmend mehr Minderheitenangehörigen als Instrument einer Politik des „Divide et Impera“, einer Volksgruppenpolitik, deren Ziel es zu sein scheint, die österreichischen Volksgruppen bürokratisch kleinzumahlen.

Ein Skandal und seine Folgen

Nach wie vor haben außenpolitische Erwägungen und innenpolitische Rücksichtnahmen stets Vorrang vor den Bedürfnissen der Sprachminderheiten, nach wie vor wird die österreichische Minderheitenpolitik als Instrument der internationalen Imagepflege instrumentalisiert. Als in Reaktion auf die Angelobung der blau-schwarzen Regierung Österreich im Jahre 2000 durch die übrigen EU-Staaten massiv kritisiert und weitgehend isoliert wurde, trat die österreichische Bundesregierung praktisch sofort in einen Dialog mit den Vertretungsorganisationen der anerkannten österreichischen Volksgruppen. Im Burgenland wurden erstmals zweisprachige Ortstafeln aufgestellt, 45 Jahre nach Verabschiedung des Artikels 7. Auch in Kärnten versuchte die Regierung durch sogenannte „Konsenskonferenzen“, die seit den 1970er Jahren stagnierende Angelegenheit der zweisprachigen Ortstafeln wieder in Gang zu bringen. Die grundsätzlich ablehnende Haltung der Kärntner Behörden wurde schließlich durch die Klage eines Anwalts vor dem Verfas-

sungsgerichtshof über die Anbringung einer zweisprachigen Ortstafel entlarvt. Das positive Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes wurde von der Kärntner Landesregierung nicht nur nicht umgesetzt, sondern mündete in eine Beschimpfung des Verfassungsgerichtshofes und seines Präsidenten. Dieser unerhörte Skandal hat gravierende demokratiepolitische Folgen: Für zahlreiche Angehörige der österreichischen Volksgruppen hat er das seit den 1970er Jahren mühsam aufgebaute Vertrauen in die Republik Österreich als Wahlerin ihrer Volksgruppenrechte nachhaltig erschüttert. Die Farce rund um den Ortstafelkompromiss 2011 verstärkt diesen Eindruck nur noch.

Privilegierte Fremde

Leider hat sich auch die Hoffnung mancher Minderheitenvertreter auf Absicherung der Rechte der österreichischen Sprachminderheiten durch internationale Verträge und EU-Recht bis heute kaum erfüllt. Das einzige internationale Vertragswerk, das explizite Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung der Minderheitensprachen garantiert, ist die Europäische Charta der Minderheitensprachen vom 5. November 1992, die nach ihrer Ratifizierung im Jahre 2001 auch in Österreich in Kraft getreten ist.

Auch der Versuch den Minderheitenschutz über die Verankerung kollektiver Rechte zu gewährleisten, muss heute auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene als vorerst gescheitert betrachtet werden. Der internationale Konsens scheint eher in Richtung einer Verankerung von Minderheitenschutzmaßnahmen auf der Ebene verbriefter kultureller Rechte der Person zu gehen, wie sie im sogenannten „Freiburger Entwurf“ eines Zusatzprotokolls

zur Europäischen Menschenrechtskonvention 1993 vorgelegt wurden. Entwürfe dieser Art könnten auch dazu beitragen, die in der „Volksgruppentheorie“ angelegte, oft widersinnige Unterscheidung zwischen autochthonen Volksgruppen und Zuwanderern zu überwinden. Auch wenn das österreichische Volksgruppengesetz 1976 die autochthonen Volksgruppen und die so genannten Migranten streng zu segregieren versucht, so wird diese künstliche Trennung von Sprachgruppen – ja sogar von Sprechern derselben Sprache – einzig aufgrund des sehr verschwommenen Kriteriums der „Beheimatung“ nicht mehr lange aufrecht zu erhalten sein.

Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, das Schicksal der österreichischen Volksgruppen ist eng mit dem der Migranten in Österreich verknüpft. Denn wie soll es den Vertretern der österreichischen Volksgruppenorganisationen möglich sein, die auf dem Papier verbrieften Rechte z. B. auf muttersprachlichen Unterricht auch umzusetzen, wenn die Vertreter fast aller politischer Parteien sich lauthals für obligatorische Deutschkurse und Deutschprüfungen stark machen? Wie sollen die zahlenmäßig kleinen Volksgruppen sich in diesem Klima der allgemeinen Ablehnung von Minderheitensprachen behaupten? Welcher Politiker wird noch verstehen, warum es für die Ungarn als anerkannte Minderheit in Wien muttersprachlichen Unterricht geben soll, und für Kroaten nicht, und schon gar nicht für Serben oder Türken? Und wie kann man diese Sonderstellung der Volksgruppen vor den Wählern noch kommunizieren? In einem von zunehmender Xenophobie getragenen Kulturkampfklima erscheinen die österreichischen Volksgruppen mehr

und mehr als privilegierte Fremde, denn als Teil „der gewachsenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt“ Österreichs, wie es in der Staatszielbestimmung seit zehn Jahren so vollmundig heißt. Derzeit scheinen diese verheißungsvollen Worte wohl eher ein hehres Ziel zu beschreiben und nicht die gegenwärtige Realität.



G. Baumgartner © privat

Gerhard Baumgartner

ist Historiker und Journalist. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen u. a. ethnische und religiöse Minderheiten in Mittel und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Österreichische Minderheitenpolitik nach 1945 und Nationalismustheorie.

Das Gesetz über die Eingetragene Partnerschaft tritt in Kraft. Gleichgeschlechtliche Paare haben aber weiterhin kein Recht auf Adoption und keinen Zugang zu den Standesämtern. Geringe Verbesserungen im Hinblick auf das Fremden- und Asylrecht.

2010

Österreichweit mehren sich Proteste gegen (geplante) Abschiebungen. Einige davon können erfolgreich verhindert werden.

DIE RECHTEN LÖCHER?

Zeit vergeht. Mensch altert. Dennoch gibt es einiges, was sich nicht zu ändern scheint.

Neulich traf ich einen Freund. „Die Rechten kriechen jetzt aus ihren Löchern“, beklagte er mit ernster Miene. „Welchen Löchern?“, fragte ich in der Hoffnung, dass er mich die Sache anders sehen lehrte, als ich sie bis jetzt sah. Er startete mich nur resigniert an und ging fort.

Frau Rosenkranz erklärt in den Medien, ihr Wissen über den Nationalsozialismus und dessen Gaskammern entstamme dem Schulunterricht, den sie bis 1976 genossen habe. Kein Gesetz kann es ihr verbieten, ihr staatsbürgerliches Unwissen vorzubringen. Ignoranz schützt zwar nicht vor Strafen, ist aber selbst nicht strafbar. Man kann auch die Staatsbürgerschaft nicht verlieren, wenn man über die Geschichte des Staates kaum etwas zu wissen vorgibt, dessen Präsidentschaft man anstrebt.

Nicht so jedoch bei einem Immigranten oder einer Immigrantin, wenn er oder sie die Bürgerschaft desselben Staates erlangen will. So stehen im „Skriptum zur Vorbereitung für die Prüfung gemäß § 10a des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1985“ mit dem Titel Überblick über die demokratische

Ordnung und Geschichte Österreichs, das vom Bundesministerium für Inneres als Lernunterlage für Einbürgerungswillige aufbereitet wurde, folgende Zeilen über den Nationalsozialismus:

„Unter den Nationalsozialisten wurden Juden, Roma und Sinti, politische Gegner, Kriegsgefangene, Homosexuelle und Behinderte in so genannte ‚Konzentrationslager‘ (z. B. Auschwitz, Dachau, Buchenwald, Ravensbrück u.v.m.) gebracht und systematisch getötet. Nur wenige Monate nach dem Anschluss errichteten die Nationalsozialisten in Österreich das Konzentrationslager Mauthausen“ (S. 42).

Wer diese Antwort auf die entsprechende Frage nicht parat hat, läuft Gefahr, die eigene Einbürgerung zu vermasseln. Von einzubürgernden Personen wird also in Sachen Staatsbürgerkunde mehr erwartet als von einer Präsidentschaftskandidatin. Das ist nur ein Beispiel für die institutionalisierte Form von Diskriminierung. Das ist auch der Grund, warum es in diesem Land zu keiner Zeit irgendwelcher „Löcher“ bedurfte, in denen sich die Rechten verstecken mussten. Machen wir uns nichts vor: Wir leben, was die politischen, juristischen, sozialen, wirtschaftlichen und exekutiven

Strukturen betrifft, in einem Staat der Rechten.

Für eine Zeitschrift zeichnete ich im Laufe des Jahres 1991 einen wöchentlichen Comic-Strip, dessen Held ein Immigrant mit dem Namen Tschuschi war. Im Herbst 1991, die Wiener Landtagswahl stand gerade bevor, veröffentlichte ich dort die Zeichnung, die hier, nach fast 20 Jahren, wieder abgedruckt wird. Alle Sprüche, die darin zu lesen sind, standen damals auf Wahlplakaten. Zeit vergeht. Mensch altert. Dennoch gibt es einiges, was sich nicht zu ändern scheint.

Natürlich gab es auch Änderungen in diesen zwei Jahrzehnten: Wir sagen nicht mehr „Ausländer“, sondern „Migrant“. Die „Fremdengesetze“ sind heute restriktiver als damals. Damals gaben viele RechtswählerInnen vor, Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes zu haben. Dieser ist heute wahrscheinlich wirklich mehr gefährdet als damals – aber sie haben nun Angst vor der „Islamisierung“. Natürlich gab es auch andere Änderungen: [...] Frauen verdienen im Durchschnitt nun „nur“ um ein Viertel weniger als Männer, und Johanna Dohnal ist tot.

Jüngst erklärte Frau Innenministerin Fekter im Standard-Interview, Rosenkranz sei für sie nicht wählbar, da diese rechts außen sei. Wer kann das besser wissen als Fekter! Die Erklärung der Innenministerin geht aber weiter: „Ich bin praktizierende Christin, und für mich ist jemand, der seine Kinder nicht taufen lässt und selber aus der Kirche ausgetreten ist, nicht wählbar.“

Leider gehört auch diese Aussage, die das laizistische Prinzip öffentlich verletzt, zu solchen, die nicht strafbar sind. Brauchen die Rechten wirklich Löcher?

Hakan Gürses



Massive Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung und deren Familien durch das **Sparpaket 2011**: verschärfte Voraussetzungen für den Pflegegeldbezug, Verlängerung der Frist zur Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude bis 2020, Aufhebung des besonderen Kündigungsschutzes etc.

1. März: Erster **Transnationaler Migrant_innenstreik** in Wien.

100 Jahre Frauentag

Ab dem 1. Mai steht der **österreichische Arbeitsmarkt** ArbeitnehmerInnen aus acht neuen EU-Staaten offen.

2011

März 2011: Ortstafelfrage in **Kärnten/Koroška** ist „verfassungsjuristisch ausjudiziert“.

April 2011: Einigung zwischen Kärntner Landesregierung und SlowenInnenvertretern zeichnet sich ab: Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln bei einem Anteil von **17,5 % Slowenisch sprechender Bevölkerung**. Die **FPK** pocht auf die Durchführung einer Volksbefragung.

29. April: Die **SPÖ/ÖVP-Koalition** beschließt schon wieder zahlreiche **Verschärfungen im Fremdenrecht**. Stichworte: Deutsch vor Zuzug, Rot-Weiß-Rot Card, Anwesenheitspflicht für AsylwerberInnen in den Erstaufnahmezentren.



IM REICHTUM DER KULTUREN LIEGT EIN GESCHENK

EZA

NATÜRLICH FAIR

GLEICHBEHANDLUNGSANwaltschaft ■ ÖSTERREICH

VERTRAULICH UND KOSTENLOS IN DER GLEICHBEHANDLUNGSANwaltschaft

- Wieso verdient mein Stellvertreter, den ich eingeschult habe, jetzt mehr als ich – obwohl ich Projektleiterin bin?
- Mein Vorgesetzter wünscht sich ein junges, dynamisches Team – kann er mich mit 40 wirklich so einfach abservieren?
- Ich heiße Kolaric, Sie heißen Kovarek, wieso vermieten Sie mir Ihre Wohnung nicht?
- Warum darf mein Kollege zwar stolz von seiner neuen Freundin schwärmen, mich aber Schwuchtel nennen, sobald ich meinen Partner nur erwähne?
- Was hat mein Kopftuch mit meiner Intelligenz zu tun? Ein Studium habe ich nämlich absolviert. Nur Job finde ich keinen.
- Die Hände meines Chefs haben auf meinen Hüften nichts verloren. Aber wie wehre ich mich, ohne dass ich die Stelle verliere?

Sie kennen solche oder ähnliche Situationen? Sie wollen das nicht so hinnehmen?

BERATUNG
UNTERSTÜTZUNG
INFORMATION



RUFEN SIE UNS AN ODER
SCHICKEN SIE EINE E-MAIL!

Telefon: +43 800 206 119
E-Mail: gaw@bka.gv.at



www.gleichbehandlungsanwaltschaft.at

QUELLENVERWEISE TIMELINE

Stimme – Zeitschrift der Initiative Minderheiten, Nr. 01-78, 1991-2011.

Baumgartner, Gerhard (1995): *6 x Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppe*. Hg. von Ursula Hemetek für die Initiative Minderheiten. Drava: Klagenfurt/Celovec.

Baumgartner, Gerhard/ Freund, Florian (2007): *Roma Politik in Österreich*. Hg. vom Kulturverein österreichischer Roma. Wien.

Dimitrova, Petja (2010): *Blue Card for Ketj*. In: dies. et al (Hg.innen): *Migrationsskizzen. Postkoloniale Verstrickungen, antirassistische Baustellen*. Löcker Verlag: Wien: 153-201.

Foltin, Robert (2004): *Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich*. Edition Grundrisse: Wien.

Gehmacher, Johanna/ Mesner, Maria (2007): *Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der Zweiten Republik* (= Band 17, Reihe Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive) StudienVerlag: Innsbruck/Wien/Bozen.

Gürses, Hakan/ Kogoj, Cornelia/ Mattl, Sylvia (2004): *Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration* (= Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Wien Museum 2004) Mandelbaum: Wien.

Huainigg, Franz-Joseph (1999): *O du mein behinderndes Österreich! Zur Situation behinderter Menschen*. Hg. v. Ursula Hemetek für die Initiative Minderheiten. Drava: Klagenfurt/Celovec.

Uhl, Heidemarie (2001): *Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/2001: 93-108.

LINKS

www.initiative.minderheiten.at
<http://www.blickkontakt.or.at/index.php>
www.bizeps.or.at
www.demokratiezentrum.org
www.doew.at
<http://www.frauensichtbarmachen.at/005/Home>
<http://www.historikerkommission.gv.at/>
www.hosiwien.at
www.hrvatskicentar.at
www.no-racism.net
www.transx.at
<http://www.zigh.at/>

DANK

an den Vorstand der Initiative Minderheiten
sowie insbesondere an:
Hakan Gürses, Ursula Hemetek, Gamze Ongan, Erwin Riess, Peter Schwarz, Joachim Stern und Gerd Valchars.



Vida Bakondy © privat

Vida Bakondy ist Historikerin

Erstellung der Timeline: Vida Bakondy
Infografik: Fatih Aydogdu

